

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Noten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pfg. • Platzvorstellungen ausgeschlossen. **Poltsch. Konto Hannover Nummer 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 5744a Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegrammadresse: Arbeiterverband Bochum.**

## Und wieder fraß der Moloch...

Und wieder bräunte der Erde Grund Vom Wetterstrolch im finstern Schlund. Viel Knappen sind wieder hungerstarr. Von Weib und Kind in der Mauerstrarr. Verkrüppelt, erküßt, von Flammen umlöst, So rangen sie mit der Todesnot. Ein dumpfes Röcheln — ein letzter Schrei In der öden Tiefe — dann wars vorbei!

Langen ging's gut. Lange nicht lähmte uns Kunde von grausigem Massentod tief unten im Schacht. Schon wagte man zu hoffen, daß es Technik und Grubenschnitz, an dem die Knappen heute selbst beteiligt sind, gelingen möge, solchen Katastrophen ein Ende zu machen. Und dann doch wieder dreißig und mehr auf einen Schlag!

Wars unabwendbar? Wir sagen: Nein! Wir klagen aufs neue an!

Wir pfeifen auf die Wohlthätigkeit, die sich in Sammlungen kundgibt; wir verlangen Vorsorge, damit so Entsetzliches nicht passiert!

Bessere Löhne! Kürzere Arbeitszeit!

Das ist des Pudels Kern! 6,51 M. betrug im April (letzte uns vorliegende Zahl) der Barverdienst der Gesamtbelegschaft in Niederbischhafen! 7,26 M. verdienen im Durchschnitt die Hauer und Gesteinhauer!

Diese höchsten Löhne sind jammervoll niedrig! Sie bedeuten, daß der Hauer bei voller Schichtzahl höchstens 140 bis 150 M. reinen Monatslohn nach Hause bringt! Das ist eine Kulturschande! Das ist die Ursache der Untreue, der Heiße bei der Arbeit, der Außerachtlassung von Vorsichtsmaßregeln! Darüber hinaus gibt es aber im vorliegenden Fall noch andere Schuld und andere Schuldige!

Neunzehnmal in diesem Jahre wurde die Unglücksabteilung nicht wetterfrei befunden!

Mußte das nicht zu größter Vorsicht, zu umfassenden Vorbeugungsmaßnahmen veranlassen?

Wir klagen die Bergbehörde an!

Aus dem nachfolgenden Bericht geht hervor, daß der Bergrevierbeamte es nicht für nötig hielt, ins Jahrbuch Einsicht zu nehmen! Das schlimmste aber ist, daß sich

in dem langen einfallenden Berg nur eine Wettertür

befand, was notwendig ständig ungeheure Gefahr heraufbeschwören mußte!

Für das ungeheure Gefahrenmoment und seine Nichtbeilegung ist die Bergbehörde in erster Linie verantwortlich!

Wir wollen nicht verschweigen, daß wir der Ansicht sind, daß auch die Bergleute selbst die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, durch rechtzeitig Aufdeckung von Mischständen Grubensicherheit zu schaffen! Für die gewöhnlichen „Mischstände auf den Gruben“, wenn ein Steiger seine Leute schlecht behandelt, haben wir nicht viel Platz in unserem Blatt, zumal wir der Meinung sind, daß sich der aufrechte Bergmann hier am besten an Ort und Stelle hilft.

Aber Mischstände im Grubensicherheitswesen anzudeuten, dazu ist in erster Linie unser Blatt da. Und wenn die Klagen berechtigt sind, schafft unser Verband Abhilfe!

Natürlich kann er es um so besser, je mehr die Bergleute organisiert sind und je stärker er selbst ist.

Während wir dies schreiben, läuten in Niederhermsdorf die Totenglocken, trauert das Bergvolk um eine neue Heldentombe unnötiger Opfer — aber hinter der Trauer muß der unerschütterliche Wille stehen, den letzten Knappen in den Verband zu haben und dann:

zum Teufel mit denen, die aus Gewinnsucht oder aus sträflicher, verbrecherischer Gewohnheit dem Bergmann ein frühes Grab graben!

Am Montag, dem 20. Juli, fand auf der Friedenshoffnunggrube in Hermsdorf (Kreis Balzenberg) eine Schlagwetterexplosion statt. In der 15. Abteilung, und zwar in den Bauen des 7. Flözes im Bereich der 8. Sohle, ist die Explosion ausgebrochen. Es handelt sich bei der 15. Abteilung um einen sogenannten Unterverfahren, der von oben nach unten bewettert wird. Von der Explosion wurden im ganzen 35 Bergleute betroffen. 23 Mann waren sofort tot und konnten nur als Leichen geborgen werden, während 12 Mann verletzt ins Lazarett überführt werden mußten. Von den 12 Verletzten sind noch 7 Mann gestorben, so daß sich die Zahl der Opfer auf 30 erhöht hat.

Ueber die Ursachen der Explosion werden in der Deffenlichkeit die ungeheuerlichsten Gerüchte verbreitet. Schon lange vor Abschluß der amtlichen Untersuchung wurden von

### Friede und Hoffnung.

*Indes die Reichen sich erholen  
Im Bad, im Wald, im Spiel, am Strand,  
Backt schweißgebadet Kohlen, Kohlen  
Der Bergmann aus der Kohlenwand.*

*Im Land, wo Rubezahl koboldet,  
Raucht auch der Friedenshoffnungschacht,  
Der seiner A.-G. das Jahr vergoldet,  
Die Knappen aber elend macht.*

*Sie schuftun für die Dividende.  
Die Niebag-Berren brauchen Geld!  
Sie schuftun, hungern, bis am Ende  
Der schwarze Tod sie überfällt.*

*Der schwarze Tod hat dreißig Knappen  
Zerfehrt, zermalmt im Wetterbrand.  
Die Nornen des Entsehens tappen  
Durch das gequälte Hungerland.*

*O Friede, der im Grabe endet!  
O Hoffnung, die den Leib verbrennt!  
Die Friedenshoffnunggrube spendet  
Trotzdem die nötigen Prozent!*

Wolter Hollnagel.

der bürgerlichen Presse Nachrichten verbreitet, um den Anschein zu erwecken, daß dieses Unglück auf Unvorsichtigkeit der Bergarbeiter zurückzuführen ist. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Nachrichten von der Grubensverwaltung mit Unterstützung des Bergrevieramts West vor sich gegangen sind. Wie bei allen Massenunglücken,

versucht man hier die eigene Schuld auf die Toten, die nicht mehr reden können, abzuwälzen.

Geradezu ungeheuerlich ist es, daß man dieselbe Nachricht, die Explosion sei durch Vernachlässigung einer Benzincampe durch einen Ortsältesten ausgebrochen, in ganz bestimmter Form auch im Rundfunk dem ganzen deutschen Volke mitgeteilt hat! Wir halten es deshalb, um die Toten nicht verkleumben zu lassen, für unsere Pflicht, öffentlich dazu Stellung zu nehmen.

Es ist bekannt, daß in der 15. Abteilung die schlagenden Wetter stark auftreten, d. h. in großen Mengen vorhanden sind. Das hat nicht nur die Belegschaft, sondern auch die Direktion, vor allen Dingen auch die Bergbehörde gekannt! Nach unseren Feststellungen hat

der Betriebsrat allein in diesem Jahre neunzehnmal im Jahrbuch vermerkt: „Die Abteilung bei der Befahrung nicht wetterfrei befunden.“

Das Jahrbuch geht zum Abteilungssteiger sowie auch zum Betriebsführer, der die Reklamationsmaßnahme mit seinem Namen bescheinigen muß. Der Betriebsrat hat weiter den Bergrevierbeamten wiederholt auf die Schlagwetter aufmerksam gemacht und ihm mitgeteilt, daß die Enttragungen erfolgt seien. Wir stellen hier in aller Deffenlichkeit fest,

daß es der Bergrevierbeamte nie für nötig befunden hat, in das Jahrbuch Einsicht zu nehmen! Betriebsrat und Wettersteiger haben weiter sehr oft miteinander festgesetzt, daß in den Grubenbauen der 15. Ab-

teilung gleichmäßig Schlagwetter vorgefunden wurden. Während sich sonst im allgemeinen die Schlagwetter nur im Bergenden festsetzen, sind in verschiedenen Fällen in dieser Abteilung gleichmäßig von oben bis unten 2 bis 3 Prozent Schlagwetter festgestellt worden.

Das ist ein Beweis, daß die Wetterzufuhr nicht im geringsten ausgereicht hat!

Das mußte auch der Bergbehörde bekannt sein und sie mußte schon längst für Abhilfe sorgen oder den Betrieb einstellen lassen. In der Unfallabteilung befindet sich ein eingeleiteter einfallender Berg. Dieser hat in seinem oberen Teil bis zu 160 Meter bis 10 Grad Einfallendes, in dem unteren Teil in einer Länge von 50 Metern 30 Grad Einfallendes. Auf diesem Berg werden die Wagen in ganzen Zügen hochgezogen und heruntergelassen. Es werden von unten 25 Wagen angeschlagen, die in zwei Abständen bis auf den oberen Teil der Abteilung gezogen werden. Im oberen Teil des Berges befindet sich eine Wettertür. Da es sich um einen eingeleiteten Berg handelt, öffnet sich die Tür durch die Wagen selbst nur von einer Seite. Werden die Wagen von unten heraufgezogen, dann muß der Anschlag sich auf den Berg begeben, die Wettertür öffnen und festlegen und dann die Wagen hindurchziehen. Dadurch steht die Wettertür längere Zeit offen. Es ist auch wiederholt vorgekommen, daß gerade in der Tür Wagen stürzen und daß dann die Tür noch über Gebühr offenstehen mußte; ja, es liegt die Vermutung nahe, daß durch die riesige Untertreibung auch der Schleppeer einmal vergessen kann, die Wettertür überhaupt wieder zu schließen. Man geht der frühe Wetterstrom ungehindert den Berg herauf und die Wetterstraße hinaus,

so daß die untersten Flözteile unbewettert bleiben.

Da der Austritt der Wetter so außerordentlich stark ist, sammeln sich in kurzer Zeit riesige Mengen von Schlagwetter an, so daß eine Entzündung durchaus gegeben ist. Es wäre sonst nicht zu verstehen, daß der Aufseher, der am Unglückstage eben erst die Abteilung durchgeföhren war, dieselbe nach seiner Aussage wetterfrei befunden hat, während im nächsten Augenblick bereits die Explosion stattfand. Auch dieser Geföhrenberd mußte der Direktion wie auch der Aufsichtsbehörde lange bekannt sein. Die Aufsichtsbehörde mußte hier schon längst eine zweite Wettertür anordnen, wenn es die Direktion oder der Wettersteiger nicht verstaub.

Nun verbreitet die Direktion die Nachricht, die Explosion sei durch eine unpfleglich behandelte Benzincampe ausgebrochen. Es soll hier das alte Manöver versucht werden, den Toten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Auch hierzu möchten wir folgendes bemerken:

In der Abteilung sind im ganzen acht Dettlichkeiten besetzt. Vor jeder Dettlichkeit befindet sich ein Ortsältester. Während die anderen Bergarbeiter mit elektrischen Lampen ausgerüstet sind, haben die Ortsältesten die sogenannten Sicherheits-Benzinlampen, um festzustellen, ob und wieviel Schlagwetter sich angesammelt haben. Allen sonstigen Mitteilungen, die von riesigen Verheerungen im Explosionsgebiet sprechen, muß entgegengehalten werden, daß dies nicht der Fall ist. Eigenartigerweise hat die Explosion auch nicht einen einzigen Grubenbau, nicht einmal einen einzigen Stempel umgeworfen. Die Kohlenwagen stehen unverfehrt auf den Gleisen, ja selbst die Kupfergeföhren, die die Kammeraden auf ihren Gezeckelsten stehen haben, sind in stehender Lage vorgefunden worden. Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß Kohlenstaub sich bei der Explosion nicht befunden haben kann, da das typische Merkmal, verkohlter Kohlenstaub in größerer Menge, fehlt. Es kann sich also nur um eine riesige Schlagwetterexplosion handeln. Nun ist doch aber wohl die Frage erlaubt: Wo Schlagwetter explosieren, müssen da nicht solche in größerer Menge vorhanden sein? Wie sie zur Explosion gekommen sind, das ist eine zweite Frage, die von weniger großer Bedeutung ist. Daß Schlagwetter in größerer Menge vorhanden waren, haben wir bereits vortehend nachgewiesen.

Zur Behauptung der Werksleitung, die Explosion sei durch eine Sicherheits-Benzincampe ausgebrochen, sagen wir, daß diese Behauptung durch nichts erwiesen ist. Bei der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß die vorgefundenen Benzin-Sicherheitslampen Beschädigungen nicht aufwiesen. Es ist auch nicht erkennbar, daß die Lampen zu hoch gestimmt haben. Wenn ein Kochzylinder ausgeglöhrt ist, so ist das auf den ersten Blick erkennbar.

Nun sind von den acht Sicherheits-Benzinlampen aber nur sechs gefunden worden, zwei fehlen noch!

Die Werksleitung behauptet nun, daß eine dieser fehlenden Lampen die Unglückslampe sei. Auch die Bergbehörde hat festgestellt, daß vor den Arbeitsorten alles so vorgefunden worden ist, wie es die Leute verlassen haben. Störwerkzeuge, Werkzeuge, weder vor Ort noch in den Strecken, sind ein-

getreten. Es ist doch nun recht verdächtig, daß gerade diese beiden Lampen trotz ständigen Suchens nicht gefunden werden! (Unsere Kameraden seien nur aufpassen, wenn doch noch eine Lampe mit durchlöchertem Korpus gefunden wird!) Diese Tatsache dürfte der Unfallforschung ausschlaggebend sein. Wie man dann zu der Behauptung kommen kann, die Arbeiter seien selbst schuld, ist uns einfach unverständlich. Aber selbst wenn diese Behauptung zutreffen sollte, auch dann müßten wir eine Schuld der Arbeiterkammeraden in Abrede stellen. An Hand des Schlagschusses, in das die Bergbehörde ja keine Einsicht zu nehmen braucht, haben wir festgestellt, daß der Betriebsrat hier vernünftigerweise hat, daß

**die Sicherheits-Benzinlampen in einem geradezu alarmierenden Zustande sind.**

Wir haben weiter festgestellt, daß in der ganzen Abteilung keine Reserve-Benzinlampe vorhanden ist. Diese Benzinlampen verfügen aber in vielen Fällen schon über Tage auf dem Wege von der Lampenbude bis zum Schacht. Wenn dem Ortsältesten die Lampe verfaßt, oder vor allen Dingen: wenn sie einmal beschädigt wird und diese Beschädigung auch gering ist, dann bleibt ihm einfach keine andere Wahl, als die Lampe weiter zu benutzen. Bei dem außerordentlich wechselvollen Aufstreifen der Schlagwetter ist es dann durchaus möglich, daß eine Staubstoppe ausgelöst werden kann. Für alle diese Mißstände tragen nicht die Arbeiter die Schuld, diese haben seit Monaten gewarnt! Die Aufsichtsbeteiligten wissen, daß ihnen Mitglieder der Abteilung schon vor Monaten gesagt haben:

**„Hier kommt es einmal zur Katastrophe!“**

Jetzt, nachdem die Katastrophe eingetreten, nachdem man wieder von der Werkleitung noch von der Aufsichtsbehörde Vorkehrungen zur Verhütung getroffen hatte, findet man den traurigen Mut, die Aufmerksamkeit auf die Nachlässigkeit der Bergarbeiter zurückzuführen.

Wir sind es den Bergarbeitern schuldig, diese Todsünden offen aufzudecken ohne Rücksicht auf Personen. Solche Katastrophen müssen unter allen Umständen verhindert werden! Das tunen alle Unfallbekämpfungsvorrichtungen, wenn alle Vorichtsmaßnahmen außer acht gelassen werden!

Wir möchten hier besonders noch auf ein Gefahrenmoment aufmerksam machen, vor dem nicht nur die Werkleitung, sondern auch die Aufsichtsbehörde beide Augen verschließt. In der Unfallnacht, in der die Explosion stattfand, wurde von der Betriebsleitung angeordnet, sämtliche Untertagearbeiter, die sonst vor Gesteinsarbeiten, Betonarbeiten usw. beschäftigt sind, in die Kohlenabteilungen zu verteilen, um die Leistung zu erhöhen. Jeder Bergmann weiß, daß die Untertagearbeiter richtungslos mit dem Geschoß umgehen. Es besteht die Gefahr, daß dadurch Dynamit beim Abstoßen von Sprengschüssen in Kohle verendet wird. Welch unbeschreibliches Unglück kann dadurch entstehen! Wir warnen hier, ehe es ebenfalls zu spät ist. Daß die Warnung nicht unbeschäftigt ist, kann die Aufsichtsbehörde wie auch die Direktion von den Hermsdorfer Bergleuten selbst erfahren.

Wir hoffen, daß dieser Bericht dazu beiträgt, daß das Ministerium wie die Grubenversicherungskommission sich mit dieser Frage beschäftigen und eine eingehende Untersuchung auch bei den Bergarbeitern und nicht nur bei der Aufsichtsbehörde anstellen wird. Es wird auch zu untersuchen sein, ob die Bergrevierämter in Baldenburg in der heutigen Form aufrechterhalten werden. Wenn das bejaht wird, dann muß auch

**für das Bergrevieramt West die Einstellung eines Grubenkontrollors angeordnet werden!**

Gerade diese Grube ist eine so ungeheure Gefahrenquelle, daß es notwendig ist, daß ein Vertrauensmann der Arbeiter hier eingesetzt wird.

•  
Bis zum 2. August hatte das Unglück 30 Tote gefordert, 19 davon waren Verbandskameraden. Die Namen sind: Richard Alt, Herman Bahler, Altwasser; Hermann Alter, Hermann Förster, Erwin Gade, Sellhammer; Robert Blut, Altkäppig; Otto Mitsch, Hermann Pfennigwert, Alfred Hofmann, Arthur Gebauer, Alfred Hoffmann, Max Bittner, Richard Hüffer, Richard Tost, Adolf Hüner, Niederhermsdorf; Gust. Weidner, Gottesberg; Fritz Banke, Oberhermsdorf; Martin Krause, Oberjabsbrunn; Manfred Leifer, Oberbaldenburg. Diese 19 waren Verbandsmitglieder. Weiter sind tot: Aug. Weher, Altkäppig; Adolf Beuchel, Hermsdorf; Ferdinand Lohmer, Gottesberg; Alfred Menz, Paul Oberkalksi, Emil Kottka, Erich Kühn, Karl Pietsch, Paul Feige, Adolf Hüner, Niederhermsdorf; Wilhelm Bittner, Sellhammer.

**Vom ausländischen Bergbau.**

**Die Befahrung des chilenischen Bergbaues.**

Chile verfügt über gewaltige Bodenschätze. Unter anderem ist das Land eines der reichsten in der Welt an Kupfer. Interessanterweise ist nun aber die Verteilung des Besitzes an Bodenschätzen in Chile so, daß die ergiebigen Erz- und Kohlenvorkommen bzw. die Ausbeuterechte und Gelegenheiten nationalem Einfluß größtenteils entzogen sind, vielmehr ganz überwiegend durch das Ausland kontrolliert werden. Dieser Sachverhalt ist die Ursache dafür, daß die chilenischen Bergbauunternehmen fast ausschließlich amerikanische Gründungen sind. Die bedeutendsten sind dabei die „Chile Exploration Co.“ in Chuquibambilla, weiterhin die „Andra Cooper Co.“ in El Teniente und die „Andes Mining Co.“ in Potrerillo. Von Bedeutung ist weiterhin noch eine französische Gründung, die „Société de Mines de Carrière de Malagona“, die sich auch in der Hauptsache mit dem Abbau von Kupfer befaßt. Diese vier fremden Gesellschaften, die bedeutendsten ihrer Art, fördern insgesamt etwa 22 000 Tonnen Kupfer. (Die französische Bergbauverwaltung hatte davon nur einen Anteil von 5 Prozent.) Dieses Förderkontingent entspricht allem etwa 9,5 Prozent der Förderung aus allen chilenischen Eruben. Daraus ergibt sich, daß nur etwa 7,5 Prozent aus rein chilenischen Bergbauunternehmen kommen.

Die Eisenerzabwinne kontrollieren im wesentlichen ebenso amerikanische Gesellschaften in erster Linie die Bethlehem Steel Corporation, die für ihre Passivierungszwecke in Chile die Bethlehem Chile Iron Mining gegründet hat. Klein chilenische Bergbauunternehmen spielen auch hier eine ganz untergeordnete Rolle.

Der Staat ist gegenüber dieser Situation mit aller Energie bestrebt, den Erzbergbau jetzt zusehends zu nationalisieren. Es sind wohl neuerdings auch eine ganze Reihe rein chilenischer Bergbauunternehmen gegründet worden, die sich weitgehender staatlicher Förderung erfreuen. Es fehlt hier aber an der erforderlichen umfangreichen Kapitalbasis. Infolgedessen war das hier von chilenischer Seite aus vielfach mit großem Eifer begonnene Abbaugeschäft örtlicher Erzvorkommen sehr bald zur Wiederangabe der seit viel Hoffnung begonnenen Arbeit gezwungen. In wesentlichen Fällen ist es dazu gekommen, daß an ausländischen Bergbauern Erfahrungen, gegenüber der weit kosteten kapitalstarren

Schwer verletzt liegen noch im Krankenhause die Kameraden: Bahler, Franz, Wille und Schön. Der einzige Leichtverletzte ist der Bauer Max Kössner.

**Belleidstelegramme**

Sind von Behörden, Ministereien und Regierungen eingegangen. Wir verzeichnen nur folgende:

Unser Vorstand telegraphierte an die Bezirksleitung: „Dies erschüttert von dem graufigen Unglück auf der Friedenshoffnungstube, besetzt wie dem Bezirk unser tiefstes Mitgefühl aus und bitten, daselbst auch den trauernden Familien der Verunglückten zu vermitteln.“

Der belgische Bergarbeiterverband telegraphierte an unseren Hauptverband: „Die belgische Bergarbeiterorganisation gestattete sich, anlässlich des Unglücks auf der Friedenshoffnungstube ihr ausdrückliches Beileid auszusprechen und die herzlichste Verbundenheit mit den Verunglückten zu versichern.“

Das Sekretariat unserer Bergarbeiterinternationalen brachte: „Die Bergarbeiterinternationalen spricht anlässlich des Unglücks auf der Friedenshoffnungstube ihr Beileid aus und besichert ihr herzlichstes Mitgefühl.“

Der holländische Bergarbeiterverband telegraphierte: „Wir nehmen Anteil an dem am 30. Juli auf der Grube Friedenshoffnung in Niederhermsdorf stattgefundenen schweren Grubenexplosion, wobei 30 Kameraden ihren Tod gefunden haben. Wir sprechen Ihnen und den betreffenden Familien im Namen der holländischen Bergarbeiter unser herzlichstes Beileid aus.“

**Große Anfrage**

**der Abgeordneten Dierroth, Ziele, Franz, Otter, Jobs und der übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.**

Die grauenerregende Schlagwetterkatastrophe auf der Glück-Hilf-Friedenshoffnungstube in Niederhermsdorf bei Baldenburg (Schlesien) vom 29. Juli, die annähernd 30 Todesopfer und viele Schwerverletzte forderte, zwingt zur amtlichen Klärung einer Reihe von Fragen über die Ursachen der Katastrophe und über die Schuldfrage. Es ist auffallend, daß ein offensichtlich großer Schlagwetterherd ohne die notwendige Beobachtung blieb und daß nicht rechtzeitig Maßnahmen in der Bewetterung getroffen wurden, um eventuell unter Zurückziehung des in der Stube arbeitenden Belegschaftsteils die anstehenden Schlagwetter abzuleiten. Aus den Pressemeldungen ist nicht ersichtlich, ob die Gefahrenzone vor Beginn der Mittagsraste durch den Wetterkontrollant auf Schlagwetter untersucht worden ist. Das ist auch unwahrscheinlich, da so große Wettermengen, wie sie sich bei der Explosion ausgewirkt haben, in der kurzen Zeit zwischen der Anfahrt und Explosion kaum entwickelt haben können. Hat sich die Untersuchung auf diese Frage erstreckt, und zu welchem Ergebnis kam sie?

Wenn aber an dem Unglücksort die Schlagwetter plötzlich in so großen Mengen austraten, entsteht die zu klärende Frage, ob dies des öfteren geschehen ist und ob als natürliche Folge verstärkte Abwehrmaßnahmen angeordnet und durchgeführt wurden. Der amtliche Pressedienst meldet, daß ein weiteres Umschlagreifen der Explosion durch das Gesteinslaufverfahren verhindert wurde. Es muß sich also, da die Explosion im Kohlenstaub keine Nahrung fand, um eine Schlagwetterexplosion größten Ausmaßes gehandelt haben, gegen die rechtzeitige und umfassende Vorbeugungsmaßnahmen möglich und erfolgreich gewesen wären, wenn Umfang oder Periodizität des Schlagwetterherdes bekannt und unter besondere Beobachtung gestellt worden wären.

Nach Angabe des „Berliner Tageblatts“ in Nr. 856 soll ein der Verletzten der Kriminalpolizei gegenüber ausgesagt haben: „man hätte etwa fünf Stunden vor dem Eintritt der Katastrophe in dem betreffenden Grubenschnitt Sprengschüsse abgegeben. Die Möglichkeit der Angabe vorausgesetzt, fragen wir, ob es sich um Geheißprechungen bei Ausschleifungsarbeiten oder um ein Schießen in der Kohle gehandelt hat, was geradezu trivial und kraß wäre. Liegen aber diese Angabe positive Untersuchungsergebnisse vor und welcher Art?“

Wir fragen die Staatsregierung: 1. ob sich die Unfalluntersuchung eingehend mit diesen Umständen befaßt hat; 2. was war das objektive Ergebnis eingehendster Untersuchung; 3. welche Folgerungen werden durch die Bergbehörden aus der Untersuchungsergebnisse gezogen? Berlin, 31. Juli 1929.

**Eine Trauerfeier**

fand am Freitag, dem 2. August, 10 Uhr, im Saale des Sotel „Gästehaus“ in Niederhermsdorf statt, wo die Verunglückten der Nacht aufgebahrt worden waren. In der ersten Trauerfeier nahm an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Handelsministeriums und der preussischen Bergwerksverwaltung, so Oberbergbauminister Fleming, Ministerialdirektor Sabel und Ministerialrat Mosher sowie Bergm. Tausch und andere mehr; von den Reichs- und Staatsbehörden Oberpräsident Lüdemann, die zuständigen Regierungspräsidenten und Bürgermeister der schlesischen Städte, Landkreise und der Regierung. Die Arbeiterbewegung des engeren Bezirks und darüber hinaus war auch vertreten; von unserem Verband nahmen die Kameraden Hufmann, Janschel, Rudolph Hoffmann, Dietrich und andere an der Trauerfeier teil. Nach stimmungsvollen Musikaufführungen erlang der Männenchor: „Da unten ist Frieden im dunklen Haus.“ Darin würdigen Geistliche der evangelischen und katholischen Konfession sowie ein Vertreter der freireligiösen Gemeinde in ihrem Sinne das große Unglück. Für die Reichs- und Staatsregierung und die sonstigen Behördenvertreter nahm Herr Oberbergbauminister Fleming das Wort, um den Angehörigen des Mißleid der vorgenannten Regierungsstellen auszusprechen und dabei zu betonen, daß es Aufgabe aller beteiligten Stellen sein müsse, dafür zu sorgen, daß, wenn es möglich sei, die Ursachen an der Katastrophe festzustellen, vor allen Dingen aber dafür zu sorgen, daß in Zukunft derartige Unglücksfälle möglichst verhindert werden.

Wir haben denartige Versicherungen schon wiederholt an den Massengräbern in den Bergrevieren gehört und bezweifeln sehr oft, ob alle Kreise, die heute guten Willens sind, stark genug sein werden, dieses Versprechen auch einzulösen.

Für die Bergarbeiterverbände nahm Herr Janschel das Wort, um darauf hinzuweisen, daß wir mit wieder an einem Massengrab sehen und diese 30 Toten Zeugnis von der Schwere des Bergmannsberufes ablegen. Ich und ich verhofft habe der Wetterstahl sie getroffen. Ihre Verbrennung und zerfetzten Gliedmaßen wären noch nicht zur letzten Ruhe gebetet gewesen, da habe man schon davon gesprochen, daß ein Bergmann Schuld an diesem schrecklichen Unglück habe. Er glaubt nicht, daß es gut gewesen sei, dies zu sagen. Diese Toten, sie klagen an und stellen die Frage, ob alles geschehen sei, solche Katastrophen zu verhindern? An diesen Gräbern der verunglückten 30 Kameraden geloben die Bergarbeiterverbände und ganz besonders unser Verband, alles zu tun, um, soweit es überhaupt in der Kraft der Menschen läge, solche Unglücksfälle vollständig unmöglich zu machen.

Hierauf erklang nochmals der Sängerkhor und ein Musikstück. Bergleute in Uniform hoben dann die Särge empor, um sie hinauszutragen, um sie entweder auf dem Friedhof in Niederhermsdorf beizusetzen oder in ihre Heimat zu überführen. Der größte Teil der verunglückten Knappen wurde im Laufe des Nachmittags beerdigt. Die Erbe hat sich über den Toten geschlossen, das Leben geht seinen Weg, und mögen alle die, die mitbestimmen haben und die Verantwortung tragen, mit dafür sorgen, daß sobald kein neues Massengrab entsteht. Die Bergarbeiter als die am nächsten Beteiligten müssen erneut die Lehre ziehen, alles zu tun, um selber mit Hand aus Werk zu legen, damit die Gefahren der Grube gebannt werden.

Konkurrenz ist auf einen rationalen Bergbau mit modernsten Mitteln auf großer Grundlage indessen nicht mehr zu verzichten. Es ist jedenfalls auffallend, daß von 36 000 Bergwerkseigentümern, die der Staat bezog, eben in erster Linie, um den heimischen Erzbergbau zu fördern, 99 Prozent nicht ausgebeutet werden. Also nur 500 Mittelhalter nutzen ihr Schürrecht tatsächlich aus. Von diesen 500 Bergbauunternehmungen sind etwa zwei Drittel in ausländischer Hand und nur ein Drittel in chilenischer.

Im Interesse einer künftigen stärkeren Förderung des chilenischen Bergbaues hat sich die Regierung im übrigen jetzt dazu entschlossen, eine umfassende Kreditgewährung für chilenische Bergwerke zu organisieren. Man hat die „Caja de Credito Minero“ gegründet, ein Schritt, der entschieden geeignet sein könnte, bessere Verhältnisse im chilenischen Bergbau zu schaffen. Weiterhin erwogt man Projekte, eine Minenförderungs-gesellschaft zu gründen, um genaue Unterlagen zu schaffen für die Abbaumöglichkeiten der Vorkommen bzw. die Beschaffung erforderlicher Kapitalien.

**Förderung der kanadischen Bergbauinteressen.**

Eines der bedeutendsten Wirtschaftsinstrumente Kanadas ist die Umwertung seiner gewaltigen Bodenschätze. Der Reichtum Kanadas an Mineralien ist außerordentlich, die Abbauarbeit dabei größtenteils noch in den Anfangsstadien. Jedenfalls liegen überall noch ausgedehnte Möglichkeiten einer Steigerung der Produktion vor. Das wichtigste Interesse untersteht der Staat mit besonderem Nachdruck. Erfahrungsmäßig gewinnt dadurch die Bergbauwirtschaft Kanadas einen bedeutenden Einfluß auf den internationalen Konsum, einen Einfluß, der wiederum eine wesentliche Stütze für die Kapitalbildung und damit für die Erhöhung des Lebensstandards in Kanada bildet.

Im Laufe der letzten drei Jahre zeigt der Bergbau in Kanada außerordentlich starke Fortschritte. Wertmäßig erhöhte sich die Förderung innerhalb eines Jahres um annähernd 24 Millionen Dollar. Der Umfang der kanadischen Minen erreichte im letzten Jahr annähernd 375 Millionen Dollar. Die Abbauarbeit umfaßt hier Metalle, Nichtmetalle, Brennmaterial, Baustoffe und dergleichen. Fünfzehn Spezialwirtschaften erreichten dabei im Laufe des letzten Jahres Rekordergebnisse wie nie zuvor. Dies trifft in erster Linie auf die Produktion von Gold, Eisen, Zement, Kohle, Kupfer, Gold, Silber, Blei, Zink, Nickel, Nickel, Eisenstein und Zink zu.

Ganz wesentliche Fortschritte machte vor allen Dingen die Gewinnung von Nickel, trotz unvorzähliger Entwicklung der Preistendenz für Blei und Zink auf den Weltmärkten. Erheblich waren ebenso die Ergebnisse in der Silber- und Kupferproduktion. In der Bergbauwirtschaft Kanadas wird allein ein Kapital von 700 Millionen Dollar bewegt. Dieses Vermögen umfaßt allein Vorräte, Maschinenpark sowie Ausrüstungen der Minen, Höchsen und dergleichen. Die Belegschaft der einzelnen Bergbaubetriebe übersteigt bereits 80 000, umgerechnet der Beamten. Das öffentliche Interesse an der Steigerung der nationalen Bergwirtschaft ist so rege, daß im Augenblick von Unternehmerseite aus ernsthaft erwogen wird, an der atlantischen Küste alte Minenbetriebe wieder erneut einzurichten. Ganz bedeutsam sind die zur Erschließung neuer Bergwerke in Scotia erwogenen Projekte. Sehr interessant ist auch die Ausdehnung bereits bestehender Gesellschaften. Besonders stark ist dabei augenblicklich das Interesse auf den Abbau von Kupfer gerichtet. Die Norramantinen errichten modernste Höchsen. Die hier entwickelten Bestrebungen werden ohne weiteres dazu führen, dem Kupferbergbau Kanadas in der Kupferwirtschaft eine wesentlich höhere Geltung als bisher zu sichern. Starke Förderung erfahren die Bergbauinteressen entschieden in der Provinz Quebec, in der sehr reiche Vorkommen, außer Kupfer auch an Gold, Silber, Blei und Zink erschlossen sind. Ueberall sind Strömungen in Bewegung gesetzt, die bisherige Abbaueignisse durch Expansion der Betriebe, Intensivierung mit modernstem Maschinenmaterial usw. zu wesentlich höheren Leistungen als bisher zu bringen. Der Abbau der Erzader im Gebiet von Rouyn streitet in einem Umfang fort, der über die bisherigen, schon ansehnlichen Bemühungen weit hinausgeht. Die bisherigen Arbeiten hatten bereits den Erfolg, daß der Kupferbergbau Quebec nahezu über die Hälfte der einst bevorzugten Provinz Ontario hinausgelöst. Aber auch in Ontario sind umfangreiche Bestrebungen im Gange, eine Erhöhung der Ausbeute an Erz zu bewerkstelligen. Ontario vermag sich auf sehr ergiebige Lager von Gold, Silber, Nickel, Kupfer und andere Mineralien zu stützen. Die Goldgewinnung im Gebiet von Porcupine, die sich in letzter Zeit etwas rückläufig bewegte, ist wieder gewaltig im Steigen. Annähernd 975 000 Unzen Feingold sind hier im Laufe des letzten Jahres wiederum produziert worden. Ergiebiger als das Gebiet von Porcupine sind die Lager in Kirklandale. Auch hier ist man energisch an einen Ausbau der Förderung mit gleichenden Erfolgen herangegangen. Die Goldförderung dieses Gebietes wird bereits nahe an den Umfang der bisher bevorzugten

Stinnes junior.

Jugo Stinnes junior hand vor Gericht. Er sollte in gemeiner, raffinierter Weise das Reich betrogen haben. Er wurde freigesprochen, weil Gesetz und Beweisnahme im Zweifel für den Angeklagten und nicht gegen ihn ausgelegt werden sollten.

Gerichtlich freigesprochen. — Moralisch verwurteilt. Das Gericht scheint nicht nur Annahme des Staatsbankrotts zu sein, der sofort Verurteilung einlegte, sondern nach den Äußerungen in der Presse scheint man allgemein so zu urteilen. Wie lag die Sache?

Während des Krieges zeichneten alle patriotischen Leute Kriegsarbeit. Viele, so auch das Haus Stinnes, hielten es aber nebenbei auch mit Kriegsgewinnen. Die deutsche Schwerindustrie machte es allgemein so und schaffte so riesig Geld zusammen. Das Haus Stinnes wurde vor dem Krieg auf 100 Millionen, nach dem Krieg auf 1000 Millionen M. Vermögen geschätzt. Was das Reich während des Krieges zusammengespart und verpulvert hatte, brachte hunderttausende arme und wohlhabende Leute an den Bettelstab, da das Reich eine volle Aufwertung nicht durchführen konnte und wollte. Die moralische Verflechtung zur Aufwertung dieser Reichsgeldscheine wurde aber dadurch anerkannt, daß man in der Aufwertungsgesetzgebung die sozial schlecht Gestellten sowie auch die Altanleihebesitzer bevorzugte. Man konnte selbstverständlich nicht daran denken, die Leute, die zur Zeit des Krieges dieser Gesehe sich in Besitz von Kriegsanleihebesitzungen befanden, voll zu entschädigen. Das hätte Kriegsgeschichte an die Spekulantentheoretiker hebeut, die mit Inflationsgeld Reichsanleihebesitzer gekauft hatten. Es wurde deshalb im Gesetz von 1925 bestimmt, daß Anleihebesitzer, die vor dem 1. Juli 1920 „in der Hand“ des derzeitigen Besitzers waren, nicht mit 2% Prozent, sondern mit etwa 10 Proz. aufgewertet wurden. Auch wer vor dem 1. Juli 1920 solche Stücke „erworben“ hatte, profitierte von dieser Vergünstigung. Es war ein Fehler dieses Gesetzes, daß nicht der Nachweis des tatsächlichen Besitzes dieser Stücke verlangt wurde. Das Gesetz bog sich nach der Bescheinigung oder Quittung über den Kauf dieser Stücke über den Erwerb der Stücke vor dem 1. Juli 1920. Diese Vorschrift ermöglichte Betrugsversuche im größten Stil, so daß tatsächlich viele Milliarden Altanleihen mehr angemeldet wurden, als die Reichsfinanzverwaltung gerechnet hatte. Fingierte Gläubiger und gefälschte Schuldscheine tauchten auf, so daß die Reichsfinanzverwaltung genaue Kontrolle vornehmen mußte. Die Möglichkeit, durch Einkauf von Altanleihebesitzungen und ihren „bescheinigten“ Altschuldschein zu verdienen, wurde seinerzeit ziemlich argwöhnisch betrachtet. Auch Stinnes junior wurden solche „Geschäfte“ vorgezogen, er will aber ihren betrügerischen Charakter nicht erkannt haben. Er steckte 250 000 M. in das Geschäft und hatte sich nun mit seinen Geschäftsfreunden wegen Betrugs zu verantworten. Er wurde freigesprochen. Die Urteilsbegründung sagt aber u. a.:

Das Gericht habe die Frage zu prüfen gehabt, inwieweit die einzelnen Angeklagten sich bemüht an diesem Betrugs beizugehen hatten. Der Vorsitzende beschäftigte sich zunächst mit dem Angeklagten Stinnes, der sich durch die Vergabe des Geldes objektiv beteiligt habe, ebenso dadurch, daß er v. Waldow nach Paris geschickt und Rothmann zur Anmeldeung der rumänischen Anleihe veranlaßt habe. Es sei zu prüfen gewesen, ob die Tatbestandsmerkmale des Betruges von diesem Angeklagten erfüllt worden seien. Es sei die Frage gewesen, ob Stinnes wirklich an den angeblichen Staatsvertrag geglaubt habe, nach dem die ausländischen Besitzer gegenüber den inländischen bevorzugt würden und früher besessene Anleihebesitzer zurückkaufen dürften. Der Vorsitzende bezeichnete es als eine grobe Fahrlässigkeit, daß der Angeklagte Stinnes sich nicht an autoritativer Stelle nach dem Vorhandensein dieses angeblichen Staatsvertrages erkundigt habe. Als Leiter größerer Unternehmen hätte er sich fragen müssen, daß durch einen derartigen Staatsvertrag der Sinn des Gesetzes und die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubeständen aufgehoben wäre. Es sei eine unberührende Fahrlässigkeit, daß er sich nicht vorher genau informiert habe, eine Fahrlässigkeit, die um so schwerer wiege, als Stinnes das Geschäft nicht mit eigenem Geld gemacht habe, sondern mit Mitteln, die ihm von betrauten Seite zur Verfügung gestellt worden seien und mit denen er als ehrlicher Kaufmann hätte besonders vorichtig umgehen müssen. Das Gericht habe nicht mit Sicherheit feststellen können, daß Stinnes nicht an diesen angeblichen Staatsvertrag geglaubt habe. Das Verhalten von Stinnes sei aber schwer zu verstehen, und das Gericht habe erheblichen Verdacht, daß er schon von Anfang an bösgläubig war. Die letzte Gewissheit dafür habe sich das Gericht aber nicht verschaffen können. Weiter sei

zu prüfen, ob Stinnes bereits im Dezember 1926 von dem betrügerischen Charakter des Geschäftes Kenntnis erhalten habe, wie dies in der belastenden Aussage des Angeklagten v. Waldow geschildert werde. v. Waldow habe mit seinen Angaben so oft gewechselt, daß sie nicht als Beweismittel gegen andere Angeklagte verwendet werden können. Stinnes habe zwar selbst in seiner ersten Vernehmung bestätigt, daß er schon im Dezember 1926 den wahren Charakter des Geschäftes erfahren habe. Das Gericht habe aber Stinnes diese Aussage nicht geglaubt, weil der Vernehmung die bekannte Unterredung mit dem Reichskommissar Heintzmann vorausgegangen sei, der Stinnes zu einem Geständnis bringen wollte. Stinnes habe als Grund für das falsche Geständnis angegeben, daß er dadurch Urheil von Firma und Familie abwenden wollte. Psychologisch sei diese Begründung allerdings schwer verständlich, aber sie sei doch einigermaßen glaubhaft, wenn man bedenke, daß Stinnes damals unter einem nicht unerheblichen inneren Zwang gestanden habe. Es sei zwar nicht richtig, daß der Untersuchungsrichter diesen inneren Zwang veranlaßt habe, abensollen, daß er mit dem roten Saftbefehl gedroht habe, möglich sei aber, daß die Unterredung mit Heintzmann noch fortwirkte und daß er so Angaben machte, die er nicht aufrechterhalten konnte. Für das Gericht habe sich also nicht mit Sicherheit feststellen lassen, daß Stinnes bereits im Dezember 1926 den Charakter des Geschäftes erkannt habe. Auch Stinnes habe ein Recht darauf, daß der oberste Rechtsgrundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ bei ihm angewandt werde.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dem Urteil:

„Es gibt auch Freisprüche, die vernichtend sind. ... Erörtert wir die schwierige Frage nicht, wann Stinnes und wann sein Adikus von Waldow davon erfuhr, daß die Kaufbescheinigungen Fälschungen waren und die fremdländischen Anmeldeur die Reichsanleihe besessen hatten, schweigen wir davon, — so bleibt die Frage, ob auch ohne das, und wenn der Anspruch, der von Stinnes „finanziert“ werden sollte, wirklich einmal bestanden hätte, dieses „Geschäft“ ein Geschäft war? Hatte Stinnes, hatten seine Genossen ein Recht darauf, auf Kosten des armen Reiches einen Gewinn zu erzielen, der das Fünftache, oder gar, wie es zuerst hieß, das Fünfzehnfache betrug? Sollten sie aus den Taschen der Steuerzahler vor Not und Elend geküßelt werden? Dieses Gesetz war gemacht worden, weil Witwen und unermüdete Waisen, weil alte Beamte und frühere Gewerbetreibende mit vollen Händen und aus vollem Herzen das Ihrige hingeben hatten, um dem Vaterland zu helfen. Damit die blühende Infanterie nicht den Schuß des Sperrfeueres entbehre, damit die Soldaten nicht hungrig und frierend in die Schlacht zögen, damit Maschinen die Leiber deckten, davon waren diese Quellen geflossen. Mit den Schlagworten aller Volkführer, des höchsten Generals wie des Ministers und Abgeordneten, waren die Prozeduren aus den Strümpfen und Tretern, war die Sprache vom Hals, der Ring vom Finger gelodet worden, und als jetzt den um alles Betrogenen ein Kobroschen gemährt wurde, da drängten sich die Stinnes und Genossen dazwischen. Sie sahen ein „Geschäft“, wo Almosen gegeben, wo ein Pfennig für die Mark gekauft, wo den Verarmten nobdürftig geholfen, wo Tränen getrocknet werden sollten. Soll ein Geschäftsmann, ein Kaufmann noch ein Ehrenmann sein, so ist das kein Geschäft gewesen, sondern ein Betrug. Der Betrug der Inflation und ihrer moralischen Verderbnis weht um solche „Geschäfte“.

Die „Rheinische Zeitung“ stellt fest, daß Stinnes junior heute noch die Achtung (und vielfach die Verehrung) unserer industriellen Führer im Westen genieße. Damit soll wohl gesagt sein, daß Stinnes junior auf sie keinen Anspruch habe. Das Blatt steht auch in dem Handeln von Stinnes junior weniger eine Schand als ein Verjagen, ein schickhaftes Verhängnis:

„Der Vater fürchte sich gleichgestellt gegenüber dem Staat; mit gleichem Recht und gleichen, vielfach überlegenen Waffen kämpft er gegen ein Staatswesen, das ihm durch kalte Sozialisierung sein Wert nehmen will. Beim Sohn bleibt die Form, die „antifiskalische“ Einstellung, wie es der Staatsbankrott nennt, ohne doch, daß er dem Staat, wie der Vater, ein wertschaffendes Äquivalent entgegensetzen kann. Der Vater, in der Ueberzeugung der berechtigten Eigengesetzlichkeit seines Handelns, reißt, der Form nach legal, aus der Inflation die volkswirtschafts-

stehen Werte an sich. Beim Sohn führen diese Grenzen wege kopierten Handels mit einer — man ist versucht zu sagen — törichtem Bewildung mit dem Gesetz: er versucht ein Geschäft, dessen Ordnung ihm nicht verborgen sein kann und wie es von diesen unheimlichen wirtschaftlichen Größen gemacht wird. Es steht ihm auch der Schattenbild des Vaters in der Auswahl der Mitarbeiter. Dieser Waldow ist unbestreitbar als Sekretär des alten Stinnes, dessen Mitarbeiter waren aus andern Holz geschnitten. Der Sohn gerät mit diesen Gefährten in zweideutige Gesellschaft internationaler schwankender Gestalten, die ihn über Ohr haue. Das konnte dem Vater nicht passieren. Der Alte war ein Meister in allen Sorten kaufmännischer und finanzieller Geschäfte, in seiner Vielseitigkeit zuweilen der Schrecken seiner Mitarbeiter, die sich nur auf ein Fach einstellten. Der Sohn sucht ihn auch hier zu imitieren und verheddert sich.“

Das Blatt hat Recht: Das konnte dem Alten nicht passieren!

Der Form nach legal, das heißt gesetzlich nicht fahbar und strafbar, wandelten Stinnes und gleichgesinnte Genossen den Verteilungskrieg in einen Eroberungskrieg durch ihre Untereignungspolitik. Vom Beispieler bis zur ständischen Rüste, bis Longueville-Briey sollte alles deutsch werden, damit Stinnes und Genossen zum Ruhrkots die Minette bekamen!

Der Form nach legal drängte Stinnes auf die Vertreibung belgisch-französischer Produktionsstätten, verlangte und förderte er die unmenschenliche Deportation der belgischen Bevölkerung!

Der Form nach legal belächelte Stinnes die notwendige Erfüllungspolitik, brachte in Spa im Gegensatz zu Sue die Entente böse gegen uns auf.

Der Form nach legal provozierten Stinnes und Genossen die Ruhrbesetzung, pumpten sie der Reichsbank Gold ab und gaben Pfennige zurück!

Große Männer haben oft kleine Söhne. So wars auch im Hause Stinnes, dessen „Glanz“ mit dieser Episode Stinnes junior endgültig erloschen sein dürfte. Die Epöade reizte aber doch zu dem kurzen Rückblick, den wir vorstehend gaben.

Der englische Bergbau.

Die englische Regierung hat mit den Vertretern der Bergleute und der Unternehmer Besprechungen gehabt über die Reorganisation des englischen Bergbaues. Im ersten Vierteljahr 1929 hat dieser wieder einen Netzen Lebensschutz gehabt. Andererseits ist das Midlandkartell mit seiner Exportpolitik gefährdet. Durch hohe Inlandpreise ermöglichte dies Kartell die Zahlung von hohen Ausfuhrvergütungen und steigerte so die Ausfuhr erheblich. Jetzt hat es diese Ausfuhrprämie abgebaut, und wenn der Rest der Kartellstätigkeit, die autarkonmäßige Bindung usw., auch bestehen bleibt, so sind doch manche Hoffnungen, die man auf dies Kartell und sein Beispiel setzte, begraben. Der Zug nach kartellmäßiger Bindung läßt sich aber nicht unterdrücken.

In Südwales ist eine neue bedeutungsvolle Konzentration entstanden. Sie wird fast die gesamte südwestliche Kohlenproduktion umfassen und damit die bisherige Konkurrenz im Bezirk selbst unterbinden. Im Mittelpunkt der neuen Gruppe steht die wirtschaftlich fortschrittlichste Gruppe Powell-Duffryn, die durch Auslauf einer großen Anzahl von Grubenunternehmungen in Südwales ständig an Bedeutung zugenommen hat. Die Powell-Duffryn-Gruppe unterhält seit einiger Zeit freundschaftliche Beziehungen zu dem großen englischen Industrierkonzern Gueff, Keen and Nettelfolds, der auch im südwaliser Kohlenbau eine mächtige Stellung innehat. Ueber die Zusammenlegung der südwaliser Interessen dieser beiden Gruppen hinaus werden auch die beiden bekannten Unternehmungen William Corb und Gueret, Newellin und Merrett der neu zu schaffenden einheitlichen Kartellbildung beitreten. Es steht ferner zu erwarten, daß die Grauben des Cambrian Combine hinzukommen werden, die Ende vorigen Jahres finanziell zusammenbrachen, und jetzt von Gueff, Keen and Nettelfolds übernommen und sodann in dem neuen Gebilde verschmolzen werden sollen. Damit repräsentiert das neue Gebilde eine Kapitalzusammenfassung von 500 Millionen Mark.

Für die Reorganisation des englischen Bergbaues liegt in den Berichten der verschiedenen Untersuchungskommissionen viel brauchbares Material vor. Auch die Liberalen, ohne deren Hilfe die Arbeiterregierung keine Reform durchführen kann, sind für Reorganisationsmaßnahmen zu haben. Die Schwierigkeiten beginnen hier besonders bei den Arbeiterforderungen nach bester Schichtzeit. Die Bergleute wollen wenigstens einen deutlichen Uebergang zur Siebenstundenschicht, während die Unternehmer sich dagegen sträuben.

Porcupinegoldgruben herangebracht. Die bedeutendsten Goldminen der Provinz Ontario sind die Hollingermine, die Minen von Kirkland Lake, die Intire am Lake Shore und schließlich die Domegruben.

Ein ganz bedeutendes Interesse findet weiterhin bei der Ausbau der Nidelforderung im Gebiet von Sudbury. Hier liegen ausgedehnte Pläne vor, namentlich die Froddgruben zu erheblich höheren Leistungen durch vermehrte Verwendung rationaler Arbeitsmittel zu befähigen. Augenblicklich ist der Nidelfortbau in dieser Gegend in der Hand der „International Nidelf Company of Canada“ und der „Monde Nidelf Co.“. Man hört augenblicklich von Bestrebungen beider Gesellschaften, sich zu einer gewaltigen Organisation zu vereinen. Gelingt dieser Plan, so ist ohne weiteres durch dieses Organ mit einer Beherrschung des Weltnidelfmarktes zu rechnen. Dinsu kommt, daß dort nicht allein Nidelf, sondern auch sehr abbaufähige Vorkommen von Kupfer bestehen, die vorerst nur teilweise erfährt sind. Die Nidelfgewinnung erreichte im letzten Jahr schon Rekordergebnisse. In diesem Jahr wurden bereits annähernd 50 000 Tonnen Nidelf abgebaut. Auffällig ist, daß man mittlerweile die Leistungen hier sogar noch über die Produktionsquoten des Krieges hinaus steigern konnte, wo insolge außerordentlichen Anprucks für die Rüstungsindustrie außerordentlich Leistungen vollbracht wurden. 90 Prozent des gesamten Nidelferzeugung der Welt werden jetzt schon aus den Nidelfgruben Ontarios hergestellt.

Ziemlich ausgedehnt war der Silberbergbau in Kanada. Im letzten Jahr erreichte die Silbergewinnung in Ontario allein sieben Millionen Unzen. Sehr ergiebig war die Silberausbeute in den Koblbergwerken. Ansehnlich war auch die Silberförderung der nationalen Nidelfminen. Silberkohlalger wurden in erheblichen Mengen in Deloro in Ontario verschmolzen. Eine starke Förderung erfährt der Erzbergbau namentlich im Norden Manitobas. Ganz besonders vorteilhaft entwickelte sich dort die Klinksteinmine der „Subjion Day Mining Co.“, die Sheritt Gordon und die Mandy, die nördlich von Winnipeg im Augenblick große Ureale abbauen. Ausgedehnte Eisenbahnlagen haben wesentlich zur Erhellung der Nidelfgruben in den Norddistrikten Manitobas beigetragen.

Der bedeutendste Wirtschaftswert Britisch-Kolumbiens besteht jetzt in einem umfassenden Abbau der dortigen Erzvorkommen. In der Hauptsache wird Arsen, Kupfer, Gold, Silber, Zinn und Blei gefördert. Einmalig auch Cadmium. Britisch-Kolumbien verfügt über die bedeutendsten, nicht eisenshaltigen Metallunter-

nehmungen der Welt. Von über den Durchschnitt gehendem Wert sind namentlich die Kistenwerte in Exail. Die Produktion stützt sich in erster Linie auf Feingold und Silber, Electrolytkupfer und Zinkblei. In nächster Zeit soll hier die Cadmiumproduktion wieder in Fluß gebracht werden. Gewaltige Leistungen zeigen hier in erster Linie die Sultvangruben, die Silber, Blei und Zink erzeugen, weiterhin die Premierbergbaugesellschaft, die im ganzen Jahr Gold und Silber produziert. Die „Cooper Mountain“ und die „Hiddengreerminen“ betreiben in erster Linie Kupferbergbau, das teilweise am Orte verhüttet, zum Teil exportiert wird. Im vergangenen Jahr kamen auf den Bergbau in Britisch-Kolumbien allein die Hälfte der gesamten kanadischen Kupferproduktion, wie auch der gesamten Silbergewinnung. Die kanadische Bleiausbeute stützte sich zu 95 Prozent auf den Abbau aus Britisch-Kolumbien. Ansehnlich bedeutend war der Anteil Britisch-Kolumbiens an der kanadischen Zinkwirtschaft, die etwa 90 Prozent ausmacht. Das Yukongebiet, das in früheren Jahren Bedeutung als „Goldland“ hatte, ist in letzter Zeit zu einem namhaften Verfolger des internationalen Silber- und Bleibedarfs geworden. Die „Treadwell Yukon Co.“, die in der Hauptsache im Mayohdistrikt arbeitet, beschiffte ihre Silberbleterge nach den Ver. Staaten, die dann in dortigen Hütten veredelt werden. Die Gewinnung von Gold im Yukondistrikt betrug im letzten Jahr 32 000 Unzen.

Die Entwicklung des Bergbaues in China.

Kürzlich ging im Departement of Overseas Trade in London vom Commercial Councilor der britischen Botschaft in Peking ein sehr umfassender Bericht über den Bergbau in China zu.

Ganz besonders interessant sind seine Ausführungen über die jüngste Bewegung in der chinesischen Kohlenwirtschaft. Die Lebensverhältnisse waren hier ganz unerwartet ungünstig. Der langdauernde Bürgerkrieg in China hat seine erhebliche wirtschaftlichen Einflüsse ganz besonders auf den Kohlenbergbau in China ausgeübt. Einmal wurde die normale Förderung unterbrochen, da eine ganze Reihe der ergiebigsten chinesischen Kohlenproben im Aufstandsgebiet lagen, zum anderen war die Unterbindung jeden geregelter Verkehrs, der absolute Mangel an Verkehrsmitteln ein ganz wesentliches Hindernis, die geförderte Kohle an den Konsum weiterzugeben. Zuerstjährige statische Erörterungen sind nicht zu beschaffen. Der Bericht stützt sich indessen hier auf wertvolle Schätzungen. Danach betrug die Gesamtförderung nur etwa 25 Millionen Tonnen. Damit wäre noch nicht einmal

die Hälfte der Förderungsleistungen des Jahres 1925 erreicht. Hauptächlich stammen diese Kohlenmengen dazu aus der vom Bürgerkrieg unberührten Mandchurie, namentlich den Kohlenvorkommen im mandchurischen Süden, die durch die südmandchurische Eisenbahn ausgebaut wurden, weiterhin aus den Kaiping-Minen der Railanbergbauverwaltung im Norden der Provinz Schihi. Auffällig in der Kohlenwirtschaft Chinas ist, daß kaum etwa zwei Millionen Tonnen eingeführt werden, in erster Linie aus Japan, die gleichen Mengen aber wiederum ausgeführt, und zwar vorwiegend nach Japan und Korea. Der vermeintliche Widerspruch findet sehr bald seine natürlicheklärung in verkehrsgeschichtlichen Bedingungen. Die japanischen Kohlengruben in Kjusiu lassen einen besonders rationalen Umsatz japanischer Kohle aus den dortigen Vorkommen in den chinesischen Zentralprovinzen und Süchina zu, während wiederum die chinesischen Kohlengruben im Norden und in der Mandchurie recht einbringliche Absatzkanäle für die dort geförderten Kohlen nach Japan finden, sowohl für Hausbrandzwecke, als auch für die japanische Schiffahrt. Dinsu kommt, daß die chinesische Kohle sehr unterschiedlich in ihrer Brennwirkung ist. Bestimmte chinesische Kohlenarten haben eine ganz besondere Qualität. Beispielsweise eignet sich die in Caiping geförderte Kohle ausnehmungsweise zum Verkohlen. Chinesischer Anthrazit leistet wertvolle Dienste für das Verknüpfen mit Kohle, ebenso für die Sonderaufgaben der Brickindustrie.

Der Erzbergbau Chinas hat ebenso eine besondere Bedeutung. China verfügt über reiche Vorkommen an Eisenerz und Kobalminen. Die bedeutendsten Verfolger sind hier die Peng-shu-Gruben in der Mandchurie und die Tayebergewerke am Yangtze, die in japanischer Hand sind. Aus diesen Gruben gefördert Eisenerz, das in den Außenkonsum abwandert, umfaßt etwa rund 500 000 Tonnen, an Kobalminen etwas über 200 000 Tonnen. Antimon exportiert China etwa 15 000 Tonnen. Chinesisches Antimon nahm zur Hälfte Amerika auf, während die restlichen 50 Prozent im wesentlichen von Großbritannien, Frankreich und Japan verbraucht wurden. Die Zinnförderung in China geht ausschließlich nach Hongkong. Von dort wird chinesisches Zinn nach den Vereinigten Staaten, in kleineren Mengen nach den europäischen Ländern exportiert. Die ergiebigsten chinesischen Zinnvorkommen sind die Minen in Kwangschau. 90 Prozent der gesamten chinesischen Zinnausbeute stützen sich auf die Förderung aus diesen Zinngruben. Die Ausfuhr ist an sich befriedigend. Sie betrug im Berichtsjahr etwa 65 000 Tonnen.

# Haus und Leben

## Die Frauen und die Republik.

Wie oft hören wir von irgendeinem alten Spießer noch das Wort von der guten alten Zeit! Aber leider nicht nur von alten Spießern, sondern auch von alten oder auch jüngeren Spießerinnen, die gedankenlos das Wort nachplappern. Jawohl, gedankenlos! Wenn sie ein wenig nachdenken und vergleichen wollten, würden sie nicht so reden. Gewiß, vor dem Kriege kostete ein Pfund beste Butter soviel wie heute beste Margarine; ein Anzug, ein Kleid und manches andere nicht halb so viel wie heute. Aber wenn man vergleicht, muß man mehr als Einzelheiten vergleichen. Der Lohn reicht heute sicherlich nicht aus, um alle Bedürfnisse eines Kulturmenschen zu befriedigen. Aber er ist doch ungefähr doppelt so hoch wie in der „guten alten Zeit“. Man darf aber nie vergessen, daß dazwischen

### der mörderischste Krieg der Weltgeschichte

liegt, der nicht nur Dutzende von Millionen Menschenleben kostete, sondern in dem allein Deutschland achtzigtausend Millionen Mark in des Wortes wahrster Bedeutung verpulverte. Achtzig Milliarden! Für eine Milliarde davon hätten wir vor dem Kriege das Wohnungselend ziemlich beseitigen können, mit einer Milliarde hätten wir Krankenhäuser und Erholungsheime über das ganze Land schaffen können.

Man kann nicht solche Reichtümer verschwenden, ohne daß es sich rächt. Wenn deshalb heute nicht genug Geld zur Verfügung steht, um alles das zu schaffen, was Wohnungsnot, was sonstige materielle und kulturelle Not an Abhilfe erforderte, so ist einmal diese Kriegsverwendung daran schuld. Aber wir haben den Krieg nicht gewollt, warum sollen wir am meisten unter seiner Nachwirkung leiden, werdet ihr fragen. Gewiß, ihr habt ihn ebensowenig gewollt wie eure Schwestern in Frankreich, Belgien, England und anderen Staaten. Aber so ganz schuldlos sind sie und seid ihr doch nicht! Habt ihr vor dem Kriege euch so gegen Kriegsgedanken und Völkerverhaß gewehrt wie das nötig gewesen wäre? Oder habt ihr eure Kinder gedankenlos „Soldat spielen“ lassen? Manche werden das nicht getan haben, aber doch nicht viel zu viele!

Und wenn heute zur Abwehr materieller und geistiger Not der breiten Volksmassen nicht alles geschieht, was möglich wäre, warum ist es so?

### Weshalb noch immer Millionen von armen Männern und Frauen ihre Klassenfeinde zu Gesetzgebern machen!

Wenn sie wählen nach den Interessen ihrer Klasse, die im wahrsten Sinne des Wortes mit fortschrittlichen Menscheninteressen zusammenfallen, dann dürften im Reichstag nicht fast 300 Bürgerliche kaum 200 proletarischen Vertretern gegenüberstehen! Dann müßte es gerade umgekehrt sein! Auch dann müßten wir noch mit Wasser kochen, auch dann könnte Sozialpolitik nur im Rahmen des von der Volkswirtschaft Tragbaren betrieben werden. Aber es wäre doch ganz anders, viel besser als heute!

Aber es gibt, besonders für Frauen, auch noch andere Vergleiche. Früher durfte die Frau in keinem politischen Verein sein. Bei den Kongressen, die unser Verband veranstaltete, wurden die Frauen von der Polizei aus dem Saal gejagt! In keinem Gemeindeauschuß oder Gemeindeparlament waren Frauen tätig. Die Frau gehört ins Haus, war damals die Regel, die nur von den bösen „Sozis“ und einigen bürgerlichen „Stimmrechtsweibern“ nicht anerkannt wurde. Mit der Staatsumwälzung 1918 ist das alles anders geworden.

### Die Frau wurde vom Haus- und Fabrikklaven zur gleichberechtigten Staatsbürgerin.

Sie hat von den neuen Rechten nicht den Gebrauch gemacht, den sie hätte machen können und sollen. Aber doch ist es schon viel besser geworden. Nicht nur die Frauen aus dem Mütterverein oder die Damen aus dem Vaterländischen Frauenverein kümmern sich heute um die soziale Not, suchen sie mit Almosen und Wohlthaten zu lindern. Nein, im Reichstag, im Landtag, in Tausenden von Gemeindeparlamenten mühen sich Zehntausende von Frauen nicht um Almosen und Wohlthaten, sondern darum, daß die Gesellschaft, daß der Staat und seine Organe ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegen die Armen tun. Und wieviel mehr noch könnte hier geschehen, wenn die armen Frauen bei den preussischen Gemeindegewahlen im Herbst und bei anderen Wahlen proletarisch wählen!

### Daß die Frauen wählen können,

ist der jahrzehntelangen Arbeit der Sozialdemokratie zu verdanken, die vor dem Kriege als einzige politische Partei geschloßen für politische Frauenrechte eintrat.

### Daß die Frauen vollberechtigte Staatsbürgerinnen sind,

ist durch die deutsche Reichsverfassung festgelegt. Zehn Jahre sind es am 11. August, daß diese Verfassung besteht. Natürlich konnte unter den Verhältnissen des Jahres 1919 diese Verfassung nur ein Kompromiß zwischen Sozialisten und Bürgerlichen werden, aber sie ist doch geworden ein Rahmengerüst für politischen und wirtschaftlichen Fortschritt.

die Plattform für weiteren Aufstieg zum Sozialismus!

## Die Republik.

Zum 11. August 1929.

Nun haben wir die Republik,  
Jedoch noch nicht aus einem Stück  
Ist dieses Staatsgefüge!  
Noch immer herrscht die Geldadsmacht,  
Noch immer herrschen Niedertracht  
Und Habguth, Haß und Lüge!

Jedoch der Anfang ist gemacht!  
Es ist der Fürstentronen Pracht  
Zersieben und zerronnen!  
Auch ist trotz Rückschrittschampanee  
Das deutsche Volk politisch frei —  
Der Aufstieg hat begonnen!

Denn diese Freiheit nutzen wir!  
Wir kämpfen gegen Mammonsgier  
Mit Mut und Kraftdurchdrungen!  
Wir kämpfen, bis die Niedertracht  
Brutaler, frecher Geldadsmacht  
Zu Boden ist gezwungen!

Dazu gibt uns genügend Raum  
Der schwarz-rot-goldne Fortschrittsbaum  
Der jungen Republik!  
Drum schützen wir das neue Reich,  
Umgärten es mit Wall und Deck  
Mit kühnem Zukunftsbild!

Wir schwören: hoch die Republik!  
Und gehe es durch Sumpf und Säkul,  
Wir spotten aller Plage,  
Bis endlich reiner Tisch gemacht,  
Bis endlich uns die Sonne lacht  
Am Völkereinstichtage!

Drum auf zur Freiheit, auf zum Glück!  
Vorwärts zur roten Republik!  
Gesetzlosklar die Reihen!  
Heran, Proleten, Marn für Marn!  
Ein jeder tue, was er kann,  
Dann wird das Werk gedeihen!

Das gute Werk, die große Tat,  
Das Werk, dem edle Freiheitsaat  
Entquillt zur Fruchtvollendung!  
Zum Kampf für Gleichheit, Republik,  
Für Freiheit und für Völkerglück  
Erlämpft die Völkerverwund!

Tact.

So wurden auch die Farben der Republik, schwarz-rot-gold, aus einem Kompromiß geboren. Nun repräsentieren diese Farben eine neue Zeit, einen neuen Staat, unseren Staat, den Volksstaat, in dem nicht Junkerhochmut und Cäsarenwahnsinn regieren, sondern in dem das Volk sich selbst regiert, wenn es sich selbst regieren will!

Wie rannten Reaktion und Unverstand gegen die Republik an! Wie wurden ihre Farben durch den Dreck gezogen, ihre Vertreter beschimpft, gemordet! Allein der Gedanke daran sollte genügen, alle Armen im Lande aufzurufen, die zehnte Geburtstagsfeier der deutschen Republik zu begehen in der Erkenntnis, daß diese Republik zwar noch nicht so ist, wie wir sie wollen, daß aber sie und ihre Verfassung der Rahmen sind, den wir in weitestem Maße mit sozialer Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt, Geltung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Staat, mit Gemeinwirtschaft und Sozialismus ausfüllen können, wenn wir nur wollen!

Und weil, im Interesse ihrer Familien, ihrer Männer und Kinder, niemand mehr an diesen Fortschritten interessiert ist als die Proletarierfrau, deshalb sollte auch sie

mit dem Verstand und mit dem Herzen dabei sein, wenn es gilt, am 11. August zu geloben:

Dieser Staat ist unser Staat,  
und soweit er es noch nicht ist,  
soll er es werden!

**32**Woche vom 4. bis 10. August 1929

Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein.

## Massentod im Sangerland.

Auf der ersten Seite unseres Blattes findet die Frauen Bericht und Betrachtung über das Grubenunglück in Sankt. Wehmuthaus werden sie es lesen, bangend vor der Möglichkeit, daß auch ihren Lieben Tag für Tag gleiches Unglück droht. Was nützt es, daß erbarmende Menschen Sammlungen einleiten, um außerhalb der Leistungen staatlicher Versicherung den Hinterbliebenen Unterstützung zuzubringen zu lassen? Den Toten ist damit nicht mehr geholfen und die Lebenden würden tausendmal gern auf solche Almosen verzichten, wenn ihnen dafür die Gewißheit würde, daß alles menschenmögliche geschieht, um solche entsetzlichen Unglücke zu verhindern.

Daß guter Wille von oben und unten vorhanden ist, um dies zu erreichen, soll nicht bestritten werden. Grubenarbeiter und Betriebsräte tun, was sie können. Die Ausführung aber scheitert oft an dem Versagen untergeordneter Instanzen und am Versagen vieler Bergleute selbst! Und gerade das letztere geht die Frauen an! Wenn sie dafür sorgen, daß ihre Männer im Verband sind, wenn alles organisiert ist, dann forbert der Bergmann ohne Angst vor Vorgesetzten, was notwendig ist. Dann duldet er nicht menschenunwürdige Löhne, menschenmordende Antreiberel und schafft damit die beste Sicherheit gegen Katastrophen.

Dazu, ihr Frauen, helft!

## Zur Geschichte der Kinderarbeit.

Der Kapitalismus ist das Böse an sich! Weil kein Wesen der Profit ist, darum kennt er keine wie immer gearteten sittlichen Hemmungen. Alles wird nur unter dem Gesichtspunkte betrachtet, ob und wieviel es einträgt. Und weil zugleich und ursächlich verknüpft das Aufwachen des Feudalismus und das Aufkommen des Kapitalismus zusammenfallen, ergibt sich das zwanzigparadoxe Bild, daß — trotz der theoretischen Aufstellung der Menschenrechte und der zur Herrschaft gelangten Demokratie im Europa des ausgehenden 18. Jahrhunderts — das Dasein der arbeitenden Menschheit immer trüblicher und gequälter wird. Nach den Worten des Feudalismus werden sie mit den Skorpionen des Kapitalismus geschlagen.

Zu den traurigsten, ergreifendsten und empörendsten Seiten im Buche der Kulturgeschichte, die sich mit den Auswirkungen des Kapitalismus auf den verschiedensten Gebieten des Lebens befaßt, gehört das Kapitel von der Kinderarbeit, die immer mehr zur Kinderhölle werden mußte. Denn als die Maschinen erfunden worden waren, kam man darauf, daß sich nun eine Menge Arbeiten von weniger starken Händen verrichten lassen, als die Männer haben: man begann Frauen und Kinder als Arbeiter in die industriellen Betriebe einzustellen — und eine neue Quälerei begann.

Ende des 18. Jahrhunderts, berichtet John Fields, entstanden überall, wo eine Wasserkraft die neuen Maschinen treiben konnte, Fabriken. Dort arbeiteten in stillen, abgeschiedenen Tälern, die früher verstaubt lagen, wo man aber jetzt eine Menge Söhne brauchen konnte, Lehrlinge von sieben Jahren aufwärts, die profitgierigen Fabrikanten aus den Armenverwaltungen von London, Birmingham und sonstwoher bezogen. Wie jämmerlich sie ausgehöhlt wurden, kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß die Leute in Lancashire zu sagen pflegten, daß dort die Betten nicht kühl wurden. Denn kaum war die eine Seite der unglücklichen Kinder zu neuem Lagerort aufgestanden, so fielen schon die anderen von der Nachtschicht erschöpft in diese Betten hinein. Schändlich war es, daß sich die Armenverwaltungen, darunter Bizarre, zu solchen Sklavenhandel bergaben; aber sie waren froh — wurden sie doch dadurch der Unterhaltspflicht für diese armen Kinder los und lebte, wenn sie sie als Lehrlinge verschafften. Man ist dabei ganz geschäftstüchtig vorgegangen, so zum Beispiel vereinbarten eine Londoner Bazar und ein Fabrikant in Lancashire, daß er auf je 20 gesunde Kinder einen Zloten mit in Kauf zu nehmen habe.

Um 1788 arbeiteten in Lancashire bereits neben 26 000 Männern und 31 000 Frauen nicht weniger als 35 000 Kinder in den Fabriken, darunter ein großer Teil unter zehn Jahren. Aber nicht nur in Spinnereien, Kurzwarenfabriken und anderen Betrieben, wo man eine leichte Hand brauchte, sondern auch bei schweren Metallarbeiten; so 1865 in Birmingham, wo neben 10 000 Frauen 30 000 Kinder „sehr schwere Arbeit leisten mußten“, wie der damalige Bericht stellt. Und in der Hausindustrie war es um kein Logo besser. Im nämlichen Jahre war es zum Beispiel in Nottingham in der Manufaktur von Spitzen üblich, daß die Kinder 16 Stunden arbeiten mußten und das in engen, stichigen Räumen, stets abgetrieben und mißhandelt von den grausamen „Mistress“ mit ihren langem Stöcken.

Das Durchschnittsalter dieser kleinen Sklaven war sechs Jahre! Aber man ließ auch die Kleineren verdienen — und Gott Mammon ließ ebenfalls „die Kleinen zu sich kommen“.

In der Spitzenindustrie fanden sich Kinder von 2 und 3 Jahren beschäftigt — und in der Wollspinnindustrie überhaupt nur solche im zartesten Alter! Also ein systematischer Kinder mord! Nur eine Zahl aus dem entsetzlich überreichen Material: von dem lebend geborenen Kindern Manchester's starben 57 Prozent vor dem zurückgelegten dritten Lebensjahre!

Da spricht man immer von den Greueln der französischen Revolution! Aber was waren die nicht ganz 5000 Opfer der Guillotine — noch dazu meist entartete Aristokraten — gegen die „Menschenopfer unenaher“, die der Kapitalismus vom ersten Moment seiner Ausbreitung an gefordert und — bekommen hat!

Es ging in alten Zeiten die schauerliche Sage, daß man, um Gebäude fest und dauerhaft zu machen, Kinder lebendig in den Grundfesten einmauerte...

Nun, wohlan, dies ist Wahrheit geworden im sogenannten christlich-zivilisierten Europa: auf Wipriaden von Kinderleichen sind die Grundlagen des Kapitalismus errichtet worden!

# Zehn Jahre Republik.

In jenem wundervollen, logisch aufgebauten, leicht verständlichen und zwingend beweiskräftigen Vortrag über Verfassungswesen, den Ferdinand Lassalle am 16. April 1862 vor einem fortschrittlich-liberalen Bezirksverein in Berlin hielt, sagte er seinen Zuhörern auseinander, daß die in einer Gesellschaft bestehenden tatsächlichen Machtverhältnisse die bestimmende tätige Kraft sind, die auf alle Gesetze, die in diesem Lande erlassen werden, derart einwirken, daß sie in einem gewissen Umfang notwendig so und nicht anders werden, wie sie eben sind! Ein König, dem das Heer und die Kanonen gehorchen, ein Adel, der Einfluß bei Hof und König habe, das sei ein Stück Verfassung. Die Herren Borstig und Engels, die großen Industriellen, überhaupt, die Bankiers Mendelssohn, Schickler, die Börse überhaupt, das alles sei ein Stück Verfassung.

Diese tatsächlichen Machtverhältnisse schreibt man auf ein Blatt Papier nieder, gibt ihnen schriftlichen Ausdruck und so sind sie nicht nur tatsächliche Machtverhältnisse, sondern jetzt sind sie auch zum Recht geworden, zu rechtlichen Einrichtungen, und wer dagegen angeht, wird bestraft.

Wenn die tatsächlichen Machtverhältnisse in einem Lande sich ändern, wenn sie nicht mehr mit der geschriebenen Verfassung übereinstimmen, so entsteht ein Konflikt, in dem auf die Dauer die veraltete, mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen nicht mehr übereinstimmende geschriebene Verfassung unterliegen muß. So konnte aus inneren Gründen nach dem Weltkrieg nicht mehr die alte obrigkeitstaatliche Verfassung in Deutschland bleiben. Die Millionen Männer und Frauen, die im Lande veresendet waren, konnten die alte Rechtlosigkeit nicht mehr ertragen. Zu spät kamen die Versuche, durch jaghafte Wahl- und Parlamentsreform den Dingen die Spitze abzubrechen: über Nacht war Deutschland Republik, rollten Kaiser- und Königskronen, Herzogs- und Fürstenthronen in den Staub.

Und dann kam nach brudermörderischem Zwischenspiel die Verfassung der Republik:

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Söhnen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Sicherlich ist diese Verfassung noch ein Kompromiß. Sie hätte in manchen Punkten ein anderes, sozialistischeres Gesicht bekommen, wenn eben die gesellschaftlichen Machtverhältnisse andere gewesen wären. Nun war es aber so, daß die sozialistische Volksmasse, zerrissen in drei Teile, nicht die Volks- und die Parlamentsmehrheit darstellte. Konnte sie da eine sozialistische Verfassung erwarten oder durchsetzen?

Und doch ist diese Verfassung, die Friedrich Ebert am 11. August 1919 unterschrieb, ein gewaltiger Fortschritt, ein Dokument politischer und wirtschaftlicher Befreiung, wie es die Weltgeschichte nicht oft aufweist. Was tut, daß der Rahmen, den die Verfassung darstellt, noch nicht so wirtschaftlich, kulturell, sozial ausgefüllt ist, wie es möglich wäre? Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind längst reif für diesen Ausbau, aber er kann nur erfolgen, wenn das Volk in seiner Mehrheit erkennt, was diese Verfassung bedeutet und was es aus ihr machen kann! Um mit Rabbruch zu reden:

„Der Untertan ist zum Staatsbürger geworden, aber der Staatsbürger ist noch immer Wirtschaftsuntertan. Den Arbeitnehmer zum Wirtschaftsbürger zu erheben, ist eine im Geiste der Verfassung selbst vorgezeichnete Aufgabe... Es hieße ungeschichtlich denken, zu glauben, daß für unsere Wirtschaftsentwicklung bereits aller Tage Abend sei. Eine Wirtschaftsordnung, die der Aufgabe der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden kann, kann nicht das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung sein.“

Um diese neue Wirtschaftsordnung, die im Rahmen des 5. Abschnitts der Reichsverfassung mit ihren Artikeln 151, 156, 157, 159, 165 möglich ist ohne blutige Revolution (wenn Sozialreaktionäre sie nicht heraufbeschwören), wird in nächster Zukunft der Kampf gehen. Auf dem Boden der Reichsverfassung, im Geiste dieser Verfassung kann dieser Kampf geführt, kann in ihm der Sieg der Werktätigen errungen werden, wenn diese Werktätigen nur wollen!

Deshalb feiern wir den Tag, an dem die Geburt der deutschen Reichsverfassung sich zum zehnten Male jährt. Wir haben diese Verfassung durch Sturm- und Drangjahre, über Rathenau-Mord und Kapp-Putsch und Stinnes-Separatismus gerettet und gehalten. Und wir werden sie nicht nur halten, sondern sie zum Volkswohl gestalten!

Gegenwert eine weitere Stunde Heberarbeit und damit die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden unter Tage. Auf diese Forderung der Grubenbesitzer antworteten die Belegschaftsmitglieder am 1. Juli mit der reifen Klugheit die Beschäftigten des Bergbaus, der Arbeit und Mühen damit den Streik zum 16. Juli an. Außerdem verfuhr sie ab 1. Juli die tarifliche Arbeitszeit von 7½ bzw. 8½ Stunden. Bei den nachfolgenden Schlichtungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Gelsenkirchen traten gleich zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmerverbände (Grubenverband und Arbeitgeberverband der chemischen Industrie) gegen die Forderungen der Bergarbeiter auf. Der Schlichtungsausschuss, der die Situation vertrat, schloß am 11. Juli einen Schlichtungsvertrag, der eine Lohnerhöhung von etwa 20 Pf. je Schicht brachte.

Dieser Schlichtungsvertrag machte den Streik unmöglich. Das hatten auch die Arbeitgeber erkannt. In letzter Stunde, als schon alle Vorbereitungen zu dem bevorstehenden Kampf getroffen waren, wünschten sie erneute Verhandlungen. Unter dem Vorsitz des Landesrats für Gelsenkirchen wurde in diesen Verhandlungen eine freie Vereinbarung geschlossen, die den Giesener Schlichtungsvertrag glatt über den Haufen warf. Die in dem Schlichtungsvertrag vorgesehene Lohnerhöhung wurde durch die Vereinbarung um das Anderthalbfache erhöht. Sie beträgt für die Mehrzahl der Belegschaftsmitglieder 80 Pf. pro Schicht.

Die Belegschaft hat damit einen beachtenswerten Erfolg erzielt. Es hat durch ihr musterhaftes Verhalten während der Verhandlungen gezeigt, daß schon der entschlossene Wille zur Tat einen Machtfaktor bildet. Natürlich muß dieser Wille eine Einheit der Gesamtbelegschaft bilden. Das ist im vorliegenden Fall voll und ganz erreicht.

## Wie wurde es erreicht? In der Belegschaft werden unorganisierte Arbeiter nicht gebildet!

Es gibt nur eine Organisation der Arbeitnehmer. Alle Maßnahmen und Handlungen, die für die Gesamtheit der Belegschaft von Bedeutung sind, werden von dieser wie von einem Mann vertreten. Meinungsverschiedenheiten, die es hier wie überall gibt, werden untergeordnet in das Rollen der Gesamtheit. Nur wo diese Grundzüge von der Arbeiterschaft in der Organisation und im Betrieb besetzt werden, ist die Macht der Arbeiter groß, und größere Erfolge möglich.

Wir gratulieren den heftigen Kameraden zu ihrem Erfolg und rufen ihnen zu, auch weiterhin Solidarität zu üben. Unorganisierten Arbeitern aber mag dieses Beispiel als Belehrung dienen.

# Das Weltkohlenjahr 1928.

Die vom Reichskohlenrat Ende Juli veröffentlichte Statistik über die Weltkohlenlage gibt ein ausführliches Bild über die Entwicklung in 1928 im Vergleich zu früheren Jahren. Da die meisten Zahlen schon bekannt waren, geben wir nachfolgend nur kurze Auszüge. (Die Zahlen für 1928 sind vorläufige, To. = 1000 Tg.)

### Die Kohlenförderung der Welt.

Stein- und Braunkohle (letztere nicht umgerechnet) zusammen betrug 1928: 1438,1 Millionen To. Im Vergleich zu 1913 = 100 wurden gefördert:

Jahr	1913 = 100
1924	100,2 Prozent
1925	101,7 "
1926	101,4 "
1927	109,2 "
1928	107,3 "

Getrennt ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Steinkohle		Braunkohle	
	Millionen To.	1913 = 100	Millionen To.	1913 = 100
1924	1175,0	98,9	168,9	132
1925	1131,3	97,4	182,3	142,4
1926	1177,4	97,1	182,6	142,6
1927	1267,3	104,5	196,9	158,8
1928	1224,6	101,0	213,5	166,8

In der Steinkohlenproduktion hat Europa seinen Vorrang der letzten Jahre behauptet. Es entfielen auf:

Land	1913		1927		1928	
	Mill. To.	%	Mill. To.	%	Mill. To.	%
Amerika	532,5	43,91	554,9	43,70	529,5	43,24
Europa	603,8	49,75	604,3	47,68	590,5	48,22

In absoluten Zahlen entwickelte sich die Weltkohlenförderung 1928 wie folgt (in Mill. To.):

Europa	590,5
davon England	241,6
Deutschland (ohne Saar)	150,9
Saargebiet	13,1
Polen	40,5
Frankreich	51,4
Belgien	27,5
Holland	10,7
Tschechoslowakei	15,2
Oesterreich und Ungarn	1,0
Rußland	30,0

Von anderen Erdteilen erwähnen wir: Asien 74, Afrika 13,4, Ozeanien 17,2.

### Die Weltkohlerstellung

Getrug 1928: 116,057 Millionen To.; davon entfielen auf:

Deutschland	33,863	Holland	1,300
England	11,400	Tschechoslowakei	2,816
Saargebiet	0,267	Rußland	2,900
Frankreich	4,400	Ver. Staaten	47,702
Polen	1,669	Kanada	1,800
Belgien	5,827		

### Braunkohle.

	Förderung in 1000 Tonnen							
	1913		1926		1927		1928	
	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%
Deutschland	87 288	100	139 151	159,5	150 504	172,5	168 224	190,6
Tschechei	23 017	100	18 814	80,9	20 028	87,0	20 710	89,9
Oesterreich	2 821	100	2 958	112,9	3 064	116,9	3 268	124,7
Frankreich	800	100	1 058	132,0	1 067	133,4	1 064	138,0
Polen	2 936	100	1 240	42,2	935	31,8	800	27,2

### Belegschaften im Steinkohlenbergbau.

	1913		1926		1927		1928	
	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%
Deutschland	515 848	100	555 946	107,8	580 710	112,6	556 554	107,9
England	1 127 890	100	1 235 209	109,6	1 037 891	97,9	880 585	78,1
Frankreich	203 208	100	316 009	155,5	324 018	159,5	300 900	148,6
Belgien	146 084	100	180 197	123,3	175 544	120,2	161 401	110,5
Holland	97 115	100	81 638	84,1	83 638	86,1	84 113	86,6
Ver. Staaten	747 827	100	759 088	101,5	759 177	101,5		

\* März 1926.

### Kohlenpreise in Goldmark.

	Deutschland		England		Frankreich		Belgien		Polen		Ver. Staaten	
	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%
1913	12,00	100	11,06	92,17	18,40	153,33	10,58	88,17	12,29	102,42	8,65	72,08
1927 Januar	14,87	124,00	17,28	146,92	20,94	183,37	24,00	198,40	12,29	100,00	8,65	72,08
1928 April	16,67	138,92	18,84	161,21	18,04	155,11	18,08	147,37	13,66	111,15	8,65	72,08

Die deutsche Kohlenförderung (Wert der Roßbraunkohle auf Steinkohle umgerechnet) betrug (in 1000 To.):

1900	118 290
1913 (festes Gebiet)	160 115
1927	187 044
1928	187 815

Der Bericht gibt die Prozentzahl für 1928, verglichen mit 1913, mit 90 an. Das ist aber ein Vergleich mit dem alten Gebiet Deutschlands. Verglichen mit der Förderung im jetzigen Grenzgebiet, ergibt sich eine Zahl von 117 gegenüber 1913.

### Deutsche Koksproduktion.

(In 1000 To.)

Jahr	Koks	Braunkohlenbriketts
1913	81 688	21 498
1928	27 297	34 283
1927	33 242	38 459
1928	33 898	40 158

### Die Kohleneinfuhr

nach Deutschland, Koks auf Steinkohle, Braunkohlenbriketts gleich Roßbraunkohle gerechnet, ergibt in 1000 To.:

Jahr	Steinkohle	Braunkohle
1913	11 380	7 106
1925	7 690	2 487
1926	2 677	2 285
1927	5 289	2 807
1928	6 969	2 871
1. Quartal 1929	1 302	768

### Die Kohlenausfuhr Deutschlands

(ohne Lieferungen an die Entente):

Jahr	Steinkohle in 1000 To.	Koks in 1000 To.	Braunkohlenbriketts in 1000 To.
1913	84 598	6 488	861
1926	28 988	6 622	1 844
1927	17 571	5 665	1 275
1928	13 010	4 987	1 291
1. Quartal 1929	3 282	1 370	388

### Englands Kohlenausfuhrhandel.

Ausfuhr insgesamt in Tonnen:

1913	77 919 141
1927	55 176 618
1928	54 545 424
1929 (1. Quartal)	14 449 000

Die Kohleneinfuhr Englands ist nicht neuwertig, wenn man von 1926 abliest, wo 20,2 Millionen Tonnen eingeführt wurden. (1928 betrug sie nur 32 264 To.)

Die Zahlen über den Schlichteranteil werden im Verhandlungsbereich regelmäßig veröffentlicht. Wir wollen deshalb hier nur einige internationale Vergleiche geben. Wir geben nur die Zahlen, welche die Gesamtbelegschaft betreffen, in Mg. und in Prozent, verglichen mit 1913.

Jahr	England	Frankreich	Belgien	Holland	Tschechei (Steinkohle)
1913	938 100	1018 100	895 100	528 100	198 100
1926	1112 118,8	987 97,1	612 68,3	512 96,9	272 142,4
1927	1129 120,6	1042 97,1	606 67,7	517 97,9	277 143,5
1928	1189 127	1081 95,8	650 72,6	554 104,9	312 161,7

\* März 1926, vor dem Streik. \*\* Tonnen pro Jahr.

In Polen sind die Bezirke zu unterscheiden: Ost-Ober-schlesien, Dombrowa und Krakau. Hier war der Schlichteranteil:

	1913		1926		1927		1928	
	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%
Ost-Oberschlesien	1202	100	1205	100,2	1287	107,1	1369	113,9
Dombrowa	968	100	970	100,7	1080	107	1082	112,4
Krakau	994	100	1035	104,1			1089	109,6

Von Rußland liegen wenig vergleichbare Zahlen vor. Für 1913 werden je Kopf und Jahr für die Gesamtbelegschaft angegeben 160,8 To., für 1924: 65,5 To., für 1925: 101,3 To.

Von Interesse ist schließlich noch ein Vergleich des Schlichteranteils in der deutschen mit der tschechoslowakischen Braunkohle. Für Deutschland Lagerbau in To., für die Tschechoslowakei in Mg. (1913 = 100):

	Westlich der Elbe		Östlich der Elbe		Rhein		Tschechoslowakei	
	To.	%	To.	%	To.	%	To.	%
1913	6,82	100	7,72	100	12,17	100	2310	100
1926	10,55	154,8	12,45	161,2	18,68	153,6	1899	82,2
1927	12,12	177,8	14,38	188,9	22,05	181,1	2025	87,7
1928	12,93	189,7	14,18	188	24,84	204	2024	87,6

\* 1. Vierteljahr.

Der enorme Unterschied, die größere Aufhebung und Steigerung bei Deutschland tritt überall, mit Ausnahme von Holland, in der Erscheinung.

## Erfolgreicher Lohnkampf der oberhessischen Braunkohlenarbeiter.

Die Bergarbeiter der heftigen Staatsgruben im Kreise Friedberg haben ein geradezu musterhaftes Beispiel geliefert, wie Lohnbewegungen ohne unnütze Opfer mit Erfolg geführt werden können. Nicht ein oberwölber Streik, sondern einmütiger Wille und geschlossenes Handeln der Gesamtbelegschaft in der Vorbereitung zum Kampf brachten den Bergarbeitern

eine Lohnerhöhung von 60 bis 80 Pf. pro Schicht.

Die Braunkohlengruben gehören dem heftigen Staat, der bisher die Kohle zu Preisen und elektrischer Kraft unwirtschaftlich abgab. Sie sind ein modern eingerichtetes Braunkohlenschmelzwerk. Die Förderung wurde im letzten Jahr mit modernen technischen Hilfsmitteln, vor allem aber durch reifliche Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, mit jedem Monat gesteigert. Die Löhne waren jedoch zurückgeblieben. Die hiesige Zeitung unseres Verbandes kündigte zum 1. Juli den Lohnstreik sowie das Lieferungsverbot an und verlangte eine wesentliche Besserung der Löhne.

In den Parteiverhandlungen zeigte die Grubenverwaltung so gut wie gar kein Entgegenkommen. Sie war wohl bereit, eine ganz geringe Lohnbesserung vorzunehmen, wenn auch dieser Betrag

# Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Nur vier Wochen hatte man dem Sachverständigenausschuß Zeit gelassen, um Maßnahmen zu beraten, wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung finanziell leistungsfähig erhalten werden könnte, ohne daß ihre soziale und wirtschaftliche Aufgabe gefährdet werde. In dem Ausschuß war die sozialdemokratische Fraktion mit zwei, die freien Gewerkschaften mit drei, christliche und Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaften mit je einem Mitglied vertreten. Wesentliche Verschlechterungen wurden gegen Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften mit den Stimmen der christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften beschlossen. Auch Vertreter von Ländern, darunter der von Preußen, haben an diesen Verschlechterungen mitgeholfen.

Eine Anzahl Beschlüsse konnten einstimmig gefaßt werden, so über Bestätigung der Arbeitslosigkeit (Arbeitslos ist, wer in der Regel berufsmäßig tätig und bei Arbeitslosigkeit nicht durch Tätigkeit im eigenen Betrieb dem Arbeitsmarkt entzogen wird.)

**Ausrechnung von Kartegeld und Ruhegehalt auf die Arbeitslosenunterstützung,**

**beschränkte Ausrechnung höherer Sozialrenten, jedoch keine Ausrechnung von Versorgungsrenten der Kriegsgeschädigten,**

**Verlängerung bzw. Verkürzung der Sperrfristen,**

**Berechnung der Unterstützung nicht nach dem Lohn der letzten drei, sondern der letzten sechs Monate.**

Der Antrag, unständig Beschäftigte und Saisonarbeiter aus der Versicherung herauszunehmen, wurde dem Verwaltungsrat überwiesen.

Alle diese Maßnahmen bedeuten aber nur sehr wenig für die finanzielle Entlastung der Reichsanstalt. In all den Fragen, die eine große Entlastung durch Abbau der Leistungen zum Ziele hatten, bildete sich ein Block gegen Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften. Er baute seine Beschlüsse auf der Annahme einer dauernden Zahl von Unterstützungsempfängern in Höhe von 1,1 Millionen auf, 900.000 wäre nach unserer Meinung richtiger. Aber wenn man auch, wie Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das im Ausschuß taten, auf 1 Million aufbaute, war das Resultat schon ganz anders und rechtferdigte nicht die Verschlechterungen. So wurde beschlossen, einen Teil des errechneten Defizits der Arbeitslosenversicherung durch einen

## wesentlichen Abbau der Unterstützungsleistungen

zu bedecken. Dieser Abbau soll vorwiegend darin bestehen, daß die heutigen Normalhöhen der Arbeitslosenunterstützung nur bei der nicht durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Arbeitszeit von 52 Wochen gewährt werden, wodurch für etwa 75 Prozent der Unterstützungsempfänger eine erhebliche Herabsetzung der Leistungen eintreten muß. Ferner ist eine allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige auf zwei Wochen festgesetzt worden. Schließlich sind darüber hinaus für Saisonarbeiter noch weitergehende Verschlechterungen eingeführt durch Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen auch für Saisonarbeiter und unterstützungsberechtigte Angehörige sowie durch eine allgemeine Senkung der Saisonarbeiterunterstützung auf die Höhe der Erkennunterstützung.

Der Vorschlag der freien Gewerkschaften, die Beiträge um 1 Prozent des Lohnes zu erhöhen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde mit Mehrheit die Erhöhung um 1/2 Prozent des Lohnes beschlossen. Diese außerordentlichen und

## für die freien Gewerkschaften gänzlich untragbaren Verschlechterungen

sind mit den Stimmen der christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften angenommen worden!

Der Leistungsabbau durch Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Dauer der vorausgegangenem Anwartschaftszeit ist von dem Antragsteller, dem Zentrumsgewerkschaften Kriesener, insbesondere auch damit begründet worden, daß dadurch eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter überflüssig werde. Tatsächlich hat jedoch die Mehrheit des Ausschusses darüber hinaus für die Saisonarbeiter ebenfalls noch weitergehende Verschlechterungen beschlossen.

Wenn die freien Gewerkschaften und die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Ausschuß in eine sehr starke Minderheit geraten sind, so erklärt sich dies einmal mit der Haltung der übrigen Gewerkschaftsvertreter, namentlich auch der bürgerlichen Angestelltenverbände, die in ihren Bestrebungen, Erschlaffen für die Angestellten zu erlangen, jede Solidarität bei der Abstimmung vermissen ließen. Aber auch die Ländervertreter sind nur allzu bereit gewesen, Verschlechterungsanträgen ihre Zustimmung zu geben. Das trifft auch für den preußischen Vertreter zu. Es wird noch festzustellen sein, ob diese Haltung auf Anweisung der Regierung zurückzuführen ist. Die freien Gewerkschaften sind in dem Ausschuß gegangen mit dem festen Willen, an der Beseitigung von nachgewiesenen Mißständen mitzuwirken, aber auch mit dem Entschluß, die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht auf dem Wege eines Leistungsabbaus zuzulassen. Diesen Standpunkt haben sie während der ganzen Beratung vertreten und der Bundesauschuß des ADGB hat ihre Haltung in vollem Umfang gebilligt.

## Beschluß des ADGB.

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm auf seiner Tagung am 30. und 31. Juli zur Reform der Arbeitslosenversicherung folgende Entscheidung an:

Der Bundesauschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißstände und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen einzutreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verkürzung der elementarsten sozialpolitischen Grundzüge. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Untragbar ist die noch weit darüber hinausgehende Unterstützungsbeschränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresüberschuß von 1,1 Milliarden Unterstützungen zugrunde gelegt wird. Der Bundesauschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so fürchterliches Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf einseitige Schuld der Arbeitgeber und Regierung der Versicherung zugeworfen wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich ernstliche Abwehrmaßnahmen, seien

die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen namentlich auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer entsprechenden Reduzierung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesauschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Vorschläge. Er räumt der Regierung seine Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Eine Konferenz des ADGB und der Ufa in Essen nahm nach einem Referat von Dr. Brüder vom ADGB eine ähnliche Entscheidung an. Die Konferenz vertrat ca. 700.000 freierorganisierte Arbeiter und Angestellte.

Die christlichen Gewerkschaften haben in einer Tagung ihres Bundesauschusses zu der Reform der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen und einstimmig die Vorschläge des Ausschusses „in der vorliegenden Form als nicht annehmbar“ bezeichnet. Gestützt wird der Grundsatz, daß Beiträge und Leistungen in einem angemessenen Verhältnis gebracht werden, auswärtlich abgelehnt wird aber „jede einseitige Behandlung der beruflichen Arbeitslosigkeit“.

Wenn sich die Forderung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen im Ausschuß auch nicht deckte, so scheint es uns jetzt doch am notwendigsten zu sein, sie näher zusammen zu bringen, um möglichst viel Verschlechterungen abzuwenden zu können. Aus diesem Grunde erscheint uns eine Polemik über die verschiedene Haltung jetzt nicht angebracht.

## Die Knappschaftsberufsgenossenschaft und der Versailler Friedensvertrag.

Den Bergbauunternehmern, die im Vorstand der Knappschaftsberufsgenossenschaft sitzen, hat das Gewissen geschlagen, sonst wären sie gewiß nicht zu der Ansicht gekommen, daß die Rentendeckelung der Knappschaftsberufsgenossenschaft nur ein schwacher Trost für Verunglückte und deren Hinterbliebene bedeuten, und daß demzufolge zur Lösung der durch den Unglücksfall gebrachten Stimmung noch etwas mehr getan werden müßte. Leider hat diese Ansicht nicht dazu geführt, daß die Knappschaftsberufsgenossenschaft sich loyaler als bisher bei der Beurteilung der Ansprüche der Verunglückten und ihrer Hinterbliebenen einstellt, sondern dazu, daß allen von Unfall betroffenen Arbeitern oder deren Hinterbliebenen, die von den Leistungen der Knappschaftsberufsgenossenschaft einen Rentenbescheid erhalten, als Zugabe ein Flugblatt beigelegt wird.

So wird uns zum Beispiel aus dem Senftenberger Revier berichtet, daß dort ein Flugblatt, betitelt: „Der Kampf um die Besetzung von Versailles“, als Zugabe zu den Rentenbescheiden verpackt wird. Offenbar glaubt die Knappschaftsberufsgenossenschaft, daß die Empfänger des Bescheides sich mit einer großen Rente oder gar mit dem Entzug der Rente besser abfinden werden, wenn sie aus dem beigelegten Flugblatt die Gewissheit schöpfen, daß nicht die Knappschaftsberufsgenossenschaft, sondern der „böse Feindbund“ schuld daran ist, daß die Rente so lang ausgefallen ist oder gar, daß sie entzogen wird.

Die „böse“ Absicht verstoßt jedoch gegen gewisse Verpflichtungen, die eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, wie es die Knappschaftsberufsgenossenschaft eine ist, zu erfüllen hat. So zum Beispiel ist es Pflicht einer solchen Körperschaft, sich wenigstens den Anschein der politischen Neutralität zu geben. Das tut aber die Knappschaftsberufsgenossenschaft nicht, wenn sie ihre antäuliche Beziehung zu deutlichen Vorgesetzten dazu mißbraucht, um sie mit Flugblättern zu beglücken, in denen die sozialdemokratische Presse zu Helfershelfern ausländischer Großfinanzpresse gestempelt wird. Das Gebahren der Knappschaftsberufsgenossenschaft verdient uns richtige Rüge zu werden. Was sagt übrigens das Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsbehörde hierzu?

## Zechenzeitungen und Knappschaft.

Aus Kameraderkreisen erhalten wir in letzter Zeit oft sogenannte Zechenzeitungen zugesandt, die sich in ihren Spalten mit der Knappschaft befassen. „Sparen oder versichern“, oder: „Was muß ich von der Knappschaft wissen“, sind die häufigsten Überschriften dieser Abhandlungen. Vielfach wird von den Kameraden gewünscht, daß wir zu den Angriffen auf die Knappschaft Stellung nehmen möchten. Soweit wir feststellen konnten, sind die in den Zechenzeitungen angeführten Fragen auch in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ behandelt worden. Wir haben in unserer „Bergbau-Industrie“ jedesmal zu diesen Angriffen Stellung genommen und sie zurückgewiesen. Es ist uns aber unmöglich, auf jeden Angriff irgendeines dummen, gelben Zechenblattes zu antworten.

Wenn es auch noch Bergarbeiter geben sollte, die auf diesen Schwanzel hereinfallen, so ist ihnen nicht zu helfen. Unsere Verbandszeitung hat über die Vorgänge in der Knappschaft, über ihre Mißstände und Rechnungslegung so oft und so gründlich berichtet, daß jeder Bergarbeiter, der sich nur etwas mit den Fragen befaßt, die seinen Beruf angehen, wohl unterrichtet ist, wo die Fehler der Knappschaft liegen und wo sie zutage kommen. Die Zechenblätter scheinen die Bergarbeiter sehr niedrig einzuschätzen, wenn sie ihnen so blödsinnige Rechnungen aufstellen, nach welchen zum Beispiel ein Bergarbeiter mit Pils und Biereszins 108.000 M. erspart, wenn er 40 Jahre lang die Beiträge zur Sozialversicherung beiseite legen würde. Daß diese Rechnung ein Loch hat, muß dem einfachsten Arbeiter einleuchten. Voraussetzung dieser Ersparnis ist doch, daß er in den 40 Jahren niemals krank und vorher nicht invalide wird. Wer will ihm aber dafür garantieren? Etwa die Schmierstufen, die die Zechenblätter zusammensetzen? Was soll auch mit den Arbeitern geschehen, die keine 40 Jahre mehr sparen können, oder die bereits jetzt Invaliden sind? Soll man die verhungern lassen?

Die ganze Fehle gegen die jetzige Form der Sozialversicherung wird unterhalten, um sie zu zerschlagen und den Unternehmer von den Beiträgen zu ihr zu befreien. Das Zwangsparieren will man nur aus dem Grunde einführen, um mit den zwangsgeparten Geldern noch größere Macht als bisher in Staat und Wirtschaft auszuüben. Wer ist bereit, die Laster größer, und böser zu machen?

schrägen, mit denen er gefesselt werden soll? Die Verfügungs Gewalt über die Gelder der Sozialversicherung entspringt nach der Demokratisierung der Sozialversicherung (siehe Knappschaft) den Händen der Unternehmer immer mehr. Aus diesem Grunde erheben sie den Ruf: Fort mit der Sozialversicherung! Der mit dem Spargang! Damit das Großkapital noch mehr Macht erhält.

## Aus dem Ruhrrevier.

### Das Antreibesystem auf Kalkerstuhl I.

Die Öffentlichkeit wird ein Interesse daran haben, zu wissen, wie auf unserm Schacht die Kumpels drangsaliert und ausgebeutet werden.

Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, „mit möglichst geringen Mitteln höchste Erfolge zu erzielen“, scheint auf Schacht Kalkerstuhl I anders ausgelegt zu werden, als es die Volkswirtschaftslehre zur Norm hat. Es herrscht aus der genannten Zeche ausschließend der Grundsatz, „aus möglichst wenig Arbeitskräften höchste Arbeitsleistung zu pressen, auch wenn die Kumpels sich dabei kaputt schuften“. Einer, der besonders nach diesem Grundsatz verfährt, ist der Obersteiger H. O. Dieser „Arbeiterfreund“ hat so großes Interesse an Kalkerstuhl, daß er drei bis vier Tage nach einander doppelt macht. Manchmal wird sich sagen, daß dies ein freiesamer Mensch sein muß. Wichtig beleuchtet ist die Sache jedoch so, daß er persönlich, trotz seiner vielen Ueberstunden, eine produktive Arbeitsleistung nicht aufzuweisen hat; er steht viel mehr dauernd hinter den Kumpels, die sich sauer auaßen müssen, und treibt diese zu immer größerer Arbeitsleistung an. In manchen Fällen gelingt es ihm auch, bei einer veralteten Ausbeutung der Arbeitskräfte mehr Kohlen herauszuschinden. Dem Kumpel bedeutet dieser „tüchtige“ Obersteiger, daß er, falls er nicht die von ihm willkürlich festgesetzte Kohlenmenge fördert, unbrauchbar ist und fliegt. Mit den Höchstleistungen scheint dieses Muster an Obersteiger gar nicht zu rechnen. Diese sind aber längst nicht immer gleich.

In unserm Revier arbeiten wir zu 70 bis 80 Mann, von denen 45 bis 50 direkt vor der Kohle arbeiten. Unser Revier soll hat der Obersteiger auf 400 Wagen pro Tag festgesetzt. Wer nur einigermaßen mit den Bergbauverhältnissen vertraut ist, muß sich fragen, ob es überhaupt möglich ist, auf ein solches Soll zu kommen; aber hinter sich das Antreibesystem des Obersteigers und vor sich das Geshpeit der Arbeitslosigkeit, macht auch dies zur Möglichkeit, allerdings nur bei Anspannung der Arbeitskraft bis zum Weißbluten und Außerachtlassung der Vorsichtsmaßregeln.

Welcher Zulasstern dem Obersteiger O. O. für die Leistungsschänder seitens der Bergverwaltung winkt, ist uns nicht bekannt. Wir wünschen ihm von ganzem Herzen ein besonderes Bößchen, wenn wir ihn nur nicht mehr sehen würden. Wenn sein Gehalt auch nicht groß sein wird, so ist doch sein „Aufgeben“ bei der Zechenverwaltung gelingen. Aber wie lange? — Mit des Schwelches Mächten ist kein ewiger Wurm zu fischen. Wir Kumpels, die wir für unsere übermenschliche Arbeit nicht einmal den tarifmäßigen Durchschnittslohn bekommen, werden uns auch weiterhin für den „Muster-Obersteiger“ interessieren.

## Aus dem Saargebiet.

### Zu die Mitglieder des Saargebiets!

#### Auf zum vierzigjährigen Verbandsjubiläum am 11. August!

Am 11. August findet in den nachstehenden Geschäftsstellen die Feier des vierzigjährigen Bestehens unseres Verbandes statt. Dieser Tag soll eine Massendemonstration aller Mitglieder sein. Es ist deshalb gemeinschaftliche Pflicht jedes Mitgliedes, seine Teilnahme an der Feier des vierzigjährigen Kampfes der freizugewirkten Bergarbeiter um ihre Menschenrechte zu betonen.

Geschäftsstelle Neunkirchen: Am Sonntag, dem 11. und Montag, dem 12. August 1929, in Neunkirchen. Aufstellung des Festzuges nachmittags 2 Uhr am Bahnhof (Kuchenberg). Abmarsch 2.30 Uhr durch die Hauptstraßen nach dem Festplatz Hausnersweiser. Festredner: Reichstagsabgeordneter Heinrich Simmerich (Wochum). Mitwirkende: Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfänger und Särgerinnen (Wassenschüre), freie Turner (Turnen und Weigen). Volksfest mit Kinderbelustigung (Kapelle Köpfnach). Eintritt 1 Fr.

Geschäftsstelle Sulzbach: Sonntag, dem 11. August: Aufstellung des Festzuges 2 Uhr in Sulzbach. Festredner: Karl Schurh (Wochum). Mitwirkung der Gesang- und Sportvereine. Festabzeichen 1 Fr.

Geschäftsstelle Pfalz: Am Sonntag, dem 11. August: Vierzigjahrfeier in Ramstein. Festzug 2 Uhr. Festredner: Karl Wiedmann (Wochum). Festabzeichen 1 Fr.

Geschäftsstelle Illingen: Sonntag, dem 11. August: Vierzigjahrfeier in Illingen. Festzug 2 Uhr. Festredner: Jakob Triem (Wochum). Mitwirkung der Gesang- und Sportvereine. Festabzeichen 1 Fr.

Geschäftsstelle Neuwieder: Am Sonntag, dem 11. August: Vierzigjahrfeier in Rittersstraße. Festzug 2 Uhr. Festredner: Ludwig Lehmann (Wochum). Mitwirkung der Gesangvereine und der Jugend. Festabzeichen 1 Fr.

Auf zur Vierzigjahrfeier! Jedes Mitglied kauft das schöne einheitsliche Festabzeichen als Andenken!

### Jubiläumfeier in Namborn.

Am 30. Juni feierte in Namborn die Geschäftsstelle Sankt Wendel (Saar) das diesjährige Geschäftsstellenfest, verbunden mit der vierzigjährigen Jubiläumfeier unseres Verbandes. Die Beteiligung an dieser Veranstaltung war gut angesichts des unsicheren Wetters und der weit ausdauernden Abstände. Selbst viele Kameraden, die wochentags im Schlafhaus liegen oder täglich bis zu vier Stunden Bahnfahrt auf sich nehmen müssen, waren vorbeigeitert, um mitzubemontrieren. Gegen 12 Uhr nachmittags formierte sich der stattliche Zug. Unter Vorantritt einer Musikkapelle (die Geschäftsstellen Oberthal und Hirstein hatten ihre eigenen mitgebracht) und mehreren Schwärz = rot-goldenen sowie Vereinsfahnen setzte sich der Festzug in Bewegung. Der rote Wimpel der Hirsteiner Jugendgruppe leuchtete zwickelndurch. Es war ein respektable Aufmarsch. Selbst hätten sich unsere Gegner hoch nicht vorgestellt. Auf dem Festplatz angekommen, gaben zunächst abwechselnd die Festmusik und der Arbeitergesangverein „Brüderbund“ (St. Wendel) Vorträge zum Besten. Dann überbrachte Kamerad Franz in Namen der Geschäftsstellen, Geschäftsstelle und Bezirksleitung die besten Grüße zur Feier. Er erinnerte an den so schweren Kampf des Verbandes im Saargebiet, an das Stimm- und Hilfer-Schreien. Wenn auch heute diese äußeren Stimmungen weggefallen seien, so gäbe es noch genug Widerstand des Verbandes. Und ihre Zeit wird fallen. Schließlich brachte er den allgemeinen Wunsch aus, daß das Saargebiet bald zum Reich heimkehren könne, damit auch die Saargebietsarbeit unter die Dehnt einer besseren sozialpolitischen Gesetzgebung komme.

Die Festrede hielt Kamerad Wilhelm von dem Hauptvorstand. Er ermahnte die Kameraden, die ein Herz in die Linie unserer Bewegung zu haben, sich auch in der Zukunft zu unterstützen.

Landesgeschichte. Er streifte dabei besonders die Entwicklung im Saargebiet. Vierzig Jahre Bergarbeiterverband bedeuten vierzig Jahre harten Kampfs und mühevollen Arbeiten.

Die Feier nahm hierauf ihren üblichen Verlauf. Alle Teilnehmer werden sich gern dieser prächtigen Kundgebung erinnern.

### Saarnapfshaft.

In der Vorstandssitzung am 24. Juli wurden u. a. folgende Angelegenheiten verabschiedet:

#### Erhöhung der deutschen Rentenanteile.

Durch ein neues Reichsgesetz werden ab 1. Oktober 1929 die Leistungen in der Invalidenversicherung erhöht. Von dieser Erhöhung wird nur der Steigerungsbetrag, so wie er zum letzten Mal berechnet worden ist, erhöht, und zwar macht die Erhöhung rund 15 Prozent aus.

Bei irgendeiner Rente beträgt der Steigerungsbetrag 191,91 M. jährlich, dazu 15 Prozent sind 28,78 M. jährlich oder 2,39 M. monatlich.

Die Umrechnung der Rente wird allerdings noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, so daß am 1. Oktober bei Inkrafttreten des Gesetzes die Zahlung der Erhöhung noch nicht erfolgen wird.

#### Aufhebung des Art. 71 des Einführungsgesetzes zur RVO.

Ein weiteres neues Reichsgesetz bringt die Aufhebung des Art. 71, wonach bisher alle Witwen, deren Männer bereits vor dem 1. Januar 1912 invalide waren und am 1. Januar 1924 nicht mehr lebten, keinen Anspruch auf die Witwenrente hatten.

#### Verkehr mit der Knappschafsvverwaltung.

In letzter Zeit ist der Verkehr des Publikums auf der Knappschafsvverwaltung sehr geschwunden, daß eine glatte Abwicklung der Geschäfte sehr gefährdet ist.

Sämtliche Anträge müssen durch die Knappschafsvverwaltung laufen. Auch die Anträge auf Sterbegeld und Wochenhilfe. Sollte jemand die Leitenden umgehen, so wird seine Angelegenheit nicht erledigt werden.

#### Rentenfestsetzung.

Es sind zurzeit etwa 1800 Rentenansprüche vorhanden, die eine Entscheidung noch nicht finden können.

Die Sache liegt nicht an der Knappschafsvverwaltung, sondern hat vielmehr ihre Ursache darin, daß der Leiter der Abteilung „Sozialversicherung“ bei der Regierungskommission verfügt hat, Rentenfestsetzungen nicht mehr vorzunehmen.

#### Die französischen Schulen und der Druck auf die Saarbergarbeiter.

Die französische Grubenverwaltung hat in ihrem Etat größere Ausgaben zur Bestreitung der französischen Schulen. Soweit der französische Staat Schulen einrichtet, um den Kindern des französischen Erbes und sonstigen Beamtenpersonalen französischen Unterricht zu erteilen.

### Kameraden!

Am 18. August d. J. muß unser Verband 200000 Mitglieder zählen. Wenn jeder in der kommenden Augustwerbewoche seine Pflicht erfüllt, werden wir bei der vierzigjährigen Gründungsfeier unseres Verbandes diese Zahl weit überschreiten.

Die Zustände der Gruben Welsen und Kostensbach und der dortige Druck auf die Bergarbeiter zur Schwache gebracht.

Die französische Grubenverwaltung der Grube Welsen hat im Warnndgebiet bei Ludweiler eine größere Kolonie und die Kolonienbewohner werden durch allen möglichen Druck veranlaßt, ihre Kinder den französischen Schulen zuzuführen.

- 1. Wieviel schulpflichtige Kinder befinden sich in Ihrem Haushalt?
2. Welche Schule besuchen die Kinder?

Später erhielten die Familien dann ein zweites Schriftstück, welches die Frage enthielt: „Sind Sie bereit, Ihre Kinder in die französische Domantalschule zu schicken?“

Besonders ist es der Chef de Gand der Inspektion XII, mit Namen Strecken, welcher diese Agitation leitet. Den Arbeitern wird mit Kündigung der Wohnung und des Arbeitsverhältnisses gedroht.

Auf der Grube Welsen ist es der Saarbund, welcher im Warnndgebiet einen neuen Laden aufgemacht hat und nun durch die französische Agitation Mitglieder zugeführt erhalten soll.

Die Saargrubenverwaltung täte besser daran, den Arbeitern anständige Löhne zu zahlen, als die von der Arbeiterchaft geschaffenen Mittel zu solcher nutzlosen Propaganda zu verwenden.

(Infolge Stoffmangels werden die Berichte über Geschäftsstellenkonferenzen später veröffentlicht. Die Redaktion.)

### Nus Sachsen.

#### Wie und in welcher Höhe wird den Arbeitern im sächsischen Steinkohlenbergbau Urlaub gewährt?

Ueber die Auslegung des Reichs-Urlaubsabkommens, dessen Gültigkeit sich auch über den Bereich des sächsischen Steinkohlenbergbaues erstreckt, soweit die Bestimmungen über die Kündigungszeit nicht anzuwenden waren, bestanden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Die Arbeitgeber und die Bergschiedsgerichte in Sachsen waren der Auffassung, daß der Urlaub nicht in Geld entschädigt werden kann und dann nicht mehr gewährt wird, wenn ein Arbeiter seinen Urlaub infolge Krankheit nicht verbraucht hatte.

Der Urlaub wird

- 1. im vergangenen Jahre durch die Wartezeit verdient und erworben,
2. der Urlaub ist im Falle des Nichtverbringens in Geld zu entschädigen.

Das Reichsarbeitsgericht als Revisionsinstanz hat die Entscheidung der Vorderrichter gebilligt und die Revision der Arbeitgeber zurückgewiesen.

auf den Urlaub angerechnet. Anspruch auf anteiligen Urlaub besteht nicht. Er wird in voller, verdienter Höhe auf das vergangene Jahr gewährt.

Mit Wirkung vom 1. August 1929, dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages, tritt für den Fall der Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei noch nicht genutztem Urlaub folgende neue Bestimmung in Kraft:

In den Fällen des § 109 A.L.G. Bergg. (Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Krankheit oder Invalidisierung) besteht ein Anspruch auf Zahlung des Urlaubsgeldes, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens bis einschließlich 31. März bestanden hat.

Wer sonst bis zum 31. Mai freiwillig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, hat keinen Anspruch auf Urlaubsgeldzahlung.

Für die im Arbeitsverhältnis stehenden Bergarbeiter über und unter Tage ist der Urlaub nach achtjähriger Beschäftigungszeit um einen Tag erhöht worden.

Die nachstehende Tabelle gibt die Urlaubsgewährung für Arbeiter über und unter Tage im Sinne des alten und neuen Tarifvertrages wieder:

Table with 5 columns: nachjähriger Dienstzeit, alter Vertrag, neuer Vertrag, and two columns for Urlaubstage (alter Vertrag, neuer Vertrag). Rows range from 1-8 years.

Der Tagearbeiter erreicht damit bereits mit achtjähriger Beschäftigungszeit den Höchsturlaub von 10 Tagen, der Grubenarbeiter mit achtjähriger Beschäftigung ebenfalls 10 Tage.

Bei fristloser Entlassung auf Grund von § 108 A.L.G. Bergg. (Schuld des Arbeiters) erlischt der Urlaubsanspruch.

Bei fristloser Entlassung auf Grund von § 109 A.L.G. Bergg. (früherer Entlassung durch Verschulden des Arbeitgebers) ist der Urlaub durch Zahlung des Urlaubslohnes zu gewähren.

Bei Kündigung seitens des Arbeitgebers aus sonstigen Gründen (Stilllegung, Arbeitsmangel usw.) ist der Urlaub ebenfalls zu gewähren.

Die Bestimmungen über Urlaubsentschädigung für invalide-rierte abgetriebene Arbeiter haben ab 1. Januar 1929 vollen Wirkungskraft.

Für aktive Bergarbeiter ist folgende Bestimmung wichtig: Falls vom Werk der Urlaub bis zum 30. November des Jahres noch nicht festgestellt ist, ist der Arbeiter verpflichtet, seinen Urlaubsanspruch bei der Betriebsleitung geltend zu machen.

Bei Stellung von Unterstützungsanträgen ist es notwendig, daß die Mitglieder sich unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches persönlich bei dem Vertrauensmann melden.

### Jubiläumfeier der Zahlstelle Hötensleben.

Unsere Jubiläumfeier zum vierzigjährigen Bestehen des Verbandes soll nicht am 18. August 1929, sondern erst am 25. August 1929 stattfinden. Hierzu soll von allen Mitgliedern ein Festbeitrag von 50 Pf. erhoben werden.

Bei Stellung von Unterstützungsanträgen ist es notwendig, daß die Mitglieder sich unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches persönlich bei dem Vertrauensmann melden.

### UNSERE TOTEN

Zahlstelle Wieschowa. Am 14. Juli verschied nach schwerem Leiden unser braver Kamerad Josef Klaxla im Alter von 42 Jahren.

Zahlstelle Wiescherhain. Am 11. Juli stand unser Kamerad Richard Hillke im Alter von 50 Jahren. Der Verstorbenen war Invalide und gehörte seit dem 7. November 1926 dem Verbands als Mitglied an.

### Verbandsnachrichten

#### Adressenveränderungen.

Geschäftsstelle Sänen. Infolge Einrichtung des Selbstamtstamms amtes ist die Geschäftsstelle ab 21. Juli unter Nr. 2206 zu erreichen.

#### Bücherevision.

Sänen-Nord. Vom 11. bis 25. August. Bücher bereit halten!

#### Kranzpende.

Sänen-Nord. Im August wird eine Marke zu 10 Pf. gelobt.

Verlangen Sie stets ausdrücklich

MAGGI Würze und achten Sie genau darauf, daß Ihr Fläschchen aus MAGGI großer Originalflasche gefüllt wird. In dieser darf nach dem Gesetz nichts anderes feilgehalten werden als

MAGGI Würze



Tagung der Internationalen Handelskammer in Amsterdam.

Die größte und umfassendste internationale Organisation, die Internationale Handelskammer, hielt ihre diesjährige Tagung in der Woche vom 8. bis 13. Juli in Amsterdam ab.

Wie bereits in Stockholm, wurde in Amsterdam über die Beschränkung des Welt Handels durch die Zölle geredet. Man kam auch diesmal zu der einstimmigen Auffassung, daß die Abschaffung der Zölle und Ausfuhrbeschränkungen, die Verwirklichung der Zölle auf allen Gebieten unbedingt notwendig sei.

Wahrscheinlich auf Betreiben der deutschen Delegation beschloß sich die I.H.K. in der Vollversammlung in den Ausschüssen mit der volkswirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand.

Diese Aufgabe zuzield. Der deutsche Delegierte, Geheimrat Wrocht, Generaldirektor der Rheinischen L.G. für Braunkohlenbergbau, vertrat die bekannten Ansichten der deutschen Unternehmer.

Ein weiterer wichtiger Verhandlungspunkt war die chinesische Frage. Aus China war eine starke Delegation erschienen, die nicht mehr, wie früher, als die Abgesandten eines unterdrückten Staates gelten wollten, sondern als gleichberechtigte Partner.

Der Kongreß der I.H.K. konnte natürlich nicht an der Resolutionssache vorbeigehen. Die deutschen Delegierten übten bei diesem Punkt Zurückhaltung. Die Entscheidung der I.H.K. enthält die Zustimmung zum Young-Plan.

grüßt den Plan als eine Einheit und drückt die Hoffnung aus, daß derselbe recht bald zur Unterlage einer endgültigen und vollständigen Regelung des Reparationsproblems gemacht werden möge.

Die I.H.K. und ihre Tagungen können als ein Beweis gelten, daß ohne internationale Verständigung kein Land mehr zu wirtschaftlichen Fortschritten kommen kann.

Schluß des redaktionellen Teils.

Woll & Comp., Klingenthaler Str. Nr. 687. Großer Katalog m. Abb. 600 Taf. Viele Taus. Dankesch.

Metall-Betten Stahl-Holz. Kinderb., Polster, Schlafzimmer, Chaiselong.

Große Farmer-Zigarren. Preis-Abbau! Sie sparen 32%.

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gut füllende Sorten.

Gute Erdbeersenkner. Senfzucker, bestm. Rohheit 100 Stk. 10 Stk. 20 Stk.

Leghorn u. Schwaben. Echte billige und Geflügelhof in Regensburg K. 3. Preisliste frei.

Kastenvagen. Untergestellt per Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft.

Hiangfong-Essenz. Echte Thür. a. Ditzd. M. 3.—, 3 Dtd. fr. M. 9.60.

Bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, bei Kopf- und Nervenschmerzen.

Der Große Briefsteller. Belleids-, Glückwunsch-, Bitt-, Rund-, Bewerbungs-, Ofter- und Mahnschreiben.

Der Große Duden. Rechtschreibung u. Fremdwörter 54 u. 656 Seiten.

Arterienverkalkte. die mir Ihre Adresse senden, erfahren kostenlos, wie ich mich auf einfache Weise selbst befreie.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund. die Organisation der sozialistischen Arbeiter.

Gefährliche Gritenz. durch Inhaftierung einer Person, dem Staat für den Schadenhaft.

Seit 75 Jahren. Das leidige Wunder der Beschäftigten, Fortschritt, Wohlstand.

HONIG. gar. rein. Blüten-Schmelze, ohne Zuderfäuerung, des Zuckerzuges.

Wollwachen. waschen zu demselben Zweck, wie die Wollwachen.

Konkurrenzlos. Gute Taschenuhr Nr. 2.00. Nr. 3. Deutsche Heinen-Ang.-Uhr.

ICHON GEWELTES HAAR. erledigen Sie bestimmt durch ein solches Kämmen mit dem gewollt. gelb. Wellen-Greif.

Schlaflosigkeit, Magen-Drücken, Verdauungsstörungen, Stuhlverstopfung.

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-repelles christliches Haus!

Verbandsabzeichen sind je nach der Größe von Preise von 50 und 75 Pfennig durch unsere Ortsverwaltungen sowie von den Geschäftsfellen od. Bezirksleitungen zu beziehen.

Käse billiger ab Fabrik. Käse (Brothorn) 9 Pfd. M. 3.60.

Kugelhäse. mit gebundene Worte o. Schrift 2 Rgl. — 9 Pfd. 4.39.

Platate. sowie sämtliche Druckfarben für Berlin u. Jaspelliten.

Futterale für Mitgliederbücher. Preis 20 Pfg. H. Hansmann & Co., Bochum.

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Doltzsch 79. Prov. Sachsen, Angersstr. 4.

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Doltzsch 79. Prov. Sachsen, Angersstr. 4.

Grubenschuhe. Nr. 40-46 gut beschl. 2 Paar 16 Mark. Schaffstiefel Nr. 40-45, m. Kernerleder Doppelsohlen.

Gummiwaren. Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Handwagen. Habiller Holbau aus prima Eichenholz, kraft Beschläge.

Hilfe bei Herzleiden. Zu hoher Blutdruck und damit Überbelastung des Herzens und der inneren Organe überhaupt sind bei allen Herz- und Gefäßleiden vorhanden.